



DER GASSEKTOR DIE VERFASSUNGSREFORM AKTUELLE WIRTSCHAFTSDATEN

■ ANALYSE		
Erdgas für die Ukraine im Winter 2015/16: Wie viel, zu welchem Preis, von wem?		2
Von Roland Götz, Berlin		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Kernzahlen des Gassektors der Ukraine und die Modellrechnung für die Heizperiode 2015/16		6
■ DOKUMENTATION		
Dezentralisierung: Politischer Konflikt und gewaltsame Proteste		8
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		15
■ CHRONIK		
22. Juni – 13. September 2015		19



Erdgas für die Ukraine im Winter 2015/16: Wie viel, zu welchem Preis, von wem?

Von Roland Götz, Berlin

Zusammenfassung

Wie schon im Herbst 2014 steht die Ukraine auch ein Jahr später vor der Frage, wie die Versorgung mit Erdgas im Winterhalbjahr gewährleistet werden soll. Da dann der Erdgasverbrauch für die Erzeugung von Fernwärme und Warmwasser für die Bevölkerung und die kommunalen Einrichtungen zu dem Bedarf der Industrie hinzukommt, benötigt man ausreichend gefüllte Gasspeicher und die Möglichkeit, erhöhte Mengen von Gas zu importieren. Weil zwar der Gasverbrauch der Industrie wegen der Wirtschaftskrise gegenüber 2014/15 weiter abnehmen, der Winter 2015/16 nach den Prognosen von Meteorologen aber kälter werden wird als der vergangene, wird die Ukraine neben dem Gasimport aus EU-Ländern voraussichtlich auch wieder Erdgas aus Russland benötigen. Ebenso wie 2014 erst nach monatelangen Verhandlungen ein »Winterpaket« für den Gasimport aus Russland vereinbart werden konnte, konnten sich die Ukraine und Russland bis Ende Juni, als das diesjährige »Sommerpaket« endete, noch nicht auf ein entsprechendes Abkommen einigen. Bis Ende September oder spätestens im Oktober wollen beide Seiten jedoch ein erneutes »Winterpaket« schnüren.

Wie viel Gas muss die Ukraine im Winter 2015/16 importieren?

Der Gasverbrauch in der Ukraine hat sich seit 2012 vor allem deswegen vermindert, weil die Industrieproduktion sank. 2014 wirkten sich insbesondere die Kriegshandlungen in der Ostukraine negativ auf den Gasverbrauch aus. In den Privathaushalten und kommunalen Einrichtungen war der relative Verbrauchsrückgang jedoch nicht derart ausgeprägt wie in der Industrie (s. Tabelle 1 auf S. 6). Da auch 2015/16 der Produktionsrückgang in der Industrie anhalten wird, dürfte der Gasbedarf dieses Wirtschaftszweigs von Oktober 2015 bis März 2016 noch niedriger liegen als im Vorjahr. Dagegen könnte, wenn die Prognosen britischer Meteorologen zutreffen (die jedoch von ihren ukrainischen Kollegen nicht geteilt werden), der Gasbedarf für die Beheizung und die Warmwasserzubereitung in Wohnungen und kommunalen Einrichtungen deutlich höher ausfallen als im vorigen Winterhalbjahr. Ob die Gasversorgung der Ukraine im bevorstehenden Winter gesichert ist, hängt neben dem zu erwartenden Gasverbrauch von der einheimischen Gasförderung, den Gasimportmöglichkeiten und nicht zuletzt vom Füllstand der unterirdischen Gasspeicher ab, der Ende August 14,5 Milliarden Kubikmeter betrug. Er lag damals weit unterhalb der kritischen Grenze von 18 bis 19 Milliarden Kubikmeter, bei welcher der Gastransit von der Ukraine in die EU im Winter ohne Risiko erfolgen kann.

Der ukrainische Minister für Energie und Kohle, Wolodymyr Demtschischin, machte im August 2015 folgende Rechnung auf: Während die Ukraine im Sommer pro Tag 40 Millionen Kubikmeter Erdgas verbraucht, beläuft sich der Tagesverbrauch in einem durchschnittlichen Winter auf 200 Millionen Kubikmeter, in einem sehr kalten sogar auf bis zu 300 Millionen Kubikmeter. Die tägliche Förderleistung der ukrainischen Gasfelder

beträgt 55 Millionen Kubikmeter, aus den EU-Ländern könnten täglich bis zu 60 Millionen Kubikmeter bezogen und aus den Gasspeichern in der Ukraine bis zu 120 Millionen Kubikmeter pro Tag entnommen werden – das ergibt zusammen ein tägliches Gasaufkommen von bis zu 235 Millionen Kubikmeter und damit um 35 Millionen Kubikmeter mehr, als in einem durchschnittlich kalten Winter benötigt werden. In diesem Fall müsste kein Gas aus Russland gekauft werden, so Demtschischin. Anders wäre die Lage in einem besonders kalten Winter, in dem der Gasverbrauch auf 300 Millionen Kubikmeter hochschnellen könnte. Dann käme man ohne Gaslieferungen aus Russland nicht aus.

Die in dieser Rechnung verwendeten Kennziffern für den Gasverbrauch und die einzelnen Positionen des Gasaufkommens erfordern allerdings Korrekturen in beide Richtungen. Unbestreitbar ist nur der Wert für die tägliche Förderleistung (55 Millionen Kubikmeter), aus dem sich eine Jahresproduktion von rund 20 Milliarden Kubikmetern errechnet, die dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Der Wert für den Import aus der EU (60 Millionen Kubikmeter pro Tag) ist weniger sicher. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2015 hatte die Ukraine 7,4 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus der EU importiert, davon 6,9 Milliarden Kubikmeter aus der Slowakei, 0,4 Milliarden Kubikmeter aus Ungarn und 0,1 Milliarden Kubikmeter aus Polen. Die gesamte tägliche Importmenge betrug im Durchschnitt 33 Millionen Kubikmeter, die aus der Slowakei 31 Millionen Kubikmeter. Da die Kapazität der Vojany-Uzhgorod-Pipeline, die aus der Slowakei in die Ukraine führt, 40 Millionen Kubikmeter pro Tag beträgt, könnte sie einen erhöhten Import erlauben. Wenn auch mit höheren Gaseinfuhren aus Ungarn und Polen gerechnet wird, können 45 Millionen Kubikmeter pro Tag aus der EU erwartet werden.

Aus den Gasspeichern können nach Demtschischins Angaben bis zu 22 Milliarden Kubikmeter entnommen werden, was jedoch doppelt so viel wäre, wie der Speicherfüllstand erlaubt. Da sich Ende August 2015 in den zwölf ukrainischen Speichern (den Speicher auf der Krim nicht mit eingerechnet) rund 14,5 Milliarden Kubikmeter befanden und im September 2015 bei einer täglichen Einspeicherung von 50 Millionen Kubikmetern 1,5 Milliarden Kubikmeter hinzukommen, werden sie Anfang Oktober 2015 mit 16 Milliarden Kubikmeter gefüllt sein. Allerdings sind davon rund sechs Milliarden Kubikmeter »technisches Gas«, das zur Aufrechterhaltung des Gasdrucks in den Speichern notwendig ist. Zur Entnahme verfügbar sind daher zehn Milliarden Kubikmeter und täglich können maximal 56 Millionen Kubikmeter ausgespeichert werden (s. Tabelle 2 auf S. 6). Das Aufkommen an Erdgas ohne Importe aus Russland beträgt bei realistischer Betrachtung somit nur 156 Millionen Kubikmeter und nicht 235 Millionen Kubikmeter pro Tag, wie aus der Berechnung des ukrainischen Energieministers folgt.

In Demtschischins Rechnung wird andererseits der Gasverbrauch überschätzt. Legt man die amtliche Heizperiode von Anfang Oktober bis Ende März zugrunde, ergibt sich aus dem von ihm angegebenen Koeffizienten (im durchschnittlichen Winter: 200 Millionen Kubikmeter pro Tag) ein winterlicher Gasverbrauch von 36 Milliarden Kubikmeter. Im – allerdings ungewöhnlich warmen – Winterhalbjahr 2014/15 wurden in der Ukraine jedoch nur 28 Milliarden Kubikmeter Erdgas verbraucht (s. Tabelle 1 auf S. 6). Ein realistischer Wert für den Tagesverbrauch in einem durchschnittlichen Winter 2015/16 dürfte daher unter Berücksichtigung des sinkenden Industrieriverbrauchs bei rund 160 Millionen Kubikmetern liegen, also um 20 Prozent niedriger als von Demtschischin angesetzt. In diesem Fall müsste, um die Gesamtbilanz auszugleichen, kaum Gas aus Russland importiert werden. In einem sehr kalten Winter (bei einem gegenüber den Angaben des Energieministers ebenfalls um 20 Prozent auf 240 Millionen Kubikmeter verminderten Tagesbedarf) beträgt unter sonst gleichen Annahmen der Importbedarf aus Russland in der Winterperiode dagegen rund 15 Milliarden Kubikmeter (s. Tabelle 3 auf S. 7).

Die Preisfrage

Die ukrainische Führung will Gas aus Russland auf jeden Fall nur dann beziehen, wenn »der Preis stimmt«. In der Preisfrage gehen beide Seiten jedoch von unterschiedlichen Prinzipien aus, wobei sie jeweils die eigene Position als die einzig marktgerechte darstellen. Die ukrainische Seite möchte, dass Gazprom für die Lieferungen in die Ukraine die niedrigen Preise berechnet, die für westeuropäische Abnehmer gemäß ihren langfristigen Gasverträgen gelten, und verweist darüber hinaus

auf den europäischen Spotmarkt für Erdgas, wo Erdgas kurzfristig gehandelt wird und sich der Preis durch Angebot und Nachfrage bildet. Gazprom lehnt die Orientierung an Spotmarktpreisen generell als unrealistisch ab, weil diese angeblich für große Transaktionen nicht aussagekräftig seien, hält Vergleiche von Gaspreisen in Ländern mit anderen Marktverhältnissen nicht für schlüssig und verweist auf den im Januar 2009 mit Naftogaz Ukrainy abgeschlossenen, noch bis Ende 2019 laufenden Gasvertrag. Dieser enthält eine Preisformel, nach der ein Basispreis (450 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter) mit zwei gleich gewichteten, um neun Monate verzögerten Preisindizes für Gasöl und Schweröl multipliziert wird, die beide Platt's Oilgram Price Report entnommen sind. Der Basispreis soll die Wettbewerbsverhältnisse auf dem ukrainischen Gasmarkt wiedergeben, während die Ölpreisbindung die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt für Erdöl mit einer dreivierteljährlichen Verzögerung nachvollzieht. Der so berechnete Preis gilt gemäß Vertrag jeweils für ein Vierteljahr. Die Gaslieferungen müssen bis zum 7. Tag des Folgemonats bezahlt werden, sonst kann Gazprom Vorauszahlung fordern. In dem Vertrag mit der Ukraine ist, wie auch in den Verträgen mit westeuropäischen Gaskunden, eine Revisionsklausel enthalten, nach der die Preisformel bei grundlegenden Änderungen der Marktverhältnisse im gegenseitigen Einvernehmen abgeändert werden kann.

Der nach der Preisformel des Gasvertrags für die Ukraine berechnete Preis wurde allerdings von Anfang an durch Preisabschläge vermindert. Zunächst galt 2009 eine Übergangsregelung, dann verzichtete Russland 2010 als Gegenleistung für die Verlängerung des Stationierungsvertrags für seine Schwarzmeerflotte durch die Ukraine auf den Gasexportzoll, was einen Preisabschlag von 100 US-Dollar auf den sonst fälligen Preis zur Folge hatte, so dass der Preis im Jahresdurchschnitt 2010 bei 257 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter verblieb. Weil Erdölprodukte immer teurer wurden, stieg auch der Gaspreis trotz des weiter gewährten Preisabschlags an und lag 2012 und 2013 über 400 US-Dollar. Dies bedeutete eine schwere Bürde (14 bzw. elf Milliarden US-Dollar) für die ukrainische Volkswirtschaft, die in den beiden Jahren stagnierte (s. Tabelle 4 auf S. 7).

In der zweiten Jahreshälfte 2013 hatte sich die Wirtschaftslage in der Ukraine, die durch den Preisverfall beim Exportprodukt Stahl und das schwache Wirtschaftswachstum in Russland beeinträchtigt war, weiter verschlechtert – es trat ein untragbares »Zwillingsdefizit« in Staatshaushalt und Leistungsbilanz in Höhe von rund acht Prozent des BIP auf. Seit August 2013 befand sich die Ukraine für das von Gazprom gelieferte Gas im Zahlungsrückstand, der sich bis Ende 2013 auf 1,45 Milliarden US-Dollar summierte. Gazprom verzichtete

aber darauf, Vorauszahlung auf seine Gaslieferungen zu fordern. Im dritten Quartal 2013 verkaufte Gazprom sogar fünf Milliarden Kubikmeter Gas an die Ukraine zu einem auf 268,5 US-Dollar erniedrigten Preis, damit diese die Gasspeicher auf das für die Gewährleistung des Gastransits erforderliche Mindestniveau von 18 Milliarden Kubikmeter auffüllen konnte. Um einen Staatsbankrott abzuwenden, suchte die ukrainische Führung im Herbst 2013 nach ausländischen Kreditgebern. Während IWF und EU keine Kredite an das reformunwillige Land vergeben wollten, war Moskau dazu bereit – nicht zuletzt um das Land weiterhin wirtschaftlich an Russland zu binden. Am 17. Dezember 2013 unterzeichneten die Präsidenten Wladimir Putin und Wiktor Janukowitsch ein Abkommen, das den Ankauf ukrainischer Staatsanleihen im Volumen von 15 Milliarden US-Dollar durch Russland sowie für 2014 die Senkung des Gaspreises auf 268,5 US-Dollar vorsah. Von dem Kredit wurden 2013 noch drei Milliarden US-Dollar ausbezahlt, von denen die Ukraine ihre bestehenden Schulden bei Gazprom begleichen sollte. Der Sonderpreis für das Gas sollte, so die Vereinbarung, allerdings nur solange gelten, wie die Ukraine ihre Gaslieferungen pünktlich bezahlte. Nachdem jedoch Naftogaz Ukrainy bis zum Ende des ersten Quartals 2014 gar keine Schulden aus 2013 und auch die laufenden Gaslieferungen nur zum geringen Teil bezahlt hatte, strich Gazprom den Sonderrabatt und verlangte ab dem 1. April 2014 den vertragsgemäßen Preis unter Berücksichtigung des Preisrabatts von 100 US-Dollar, der sich damit auf 385,5 US-Dollar belief. Einen Tag später machte die Regierung Russlands jedoch auch den Verzicht auf den Gasexportzoll rückgängig, da sie nach der im März 2014 erfolgten Annexion der Krim den Stationierungsvertrag für die Schwarzmeerflotte als gegenstandslos betrachtete, und Gazprom forderte ab April 2014 den ungekürzten Gaspreis von 485 US-Dollar. Dieser wurde von der Ukraine nicht akzeptiert, sie bezog aber weiterhin erhebliche Gasmengen von Gazprom, bis Gazprom Mitte Juni 2014, als sich die Schulden der Ukraine auf 5,3 Milliarden US-Dollar summiert hatten, die Gaslieferungen an die Ukraine einstellte (s. Tabelle 4 auf S. 7). Zweifellos spielte die negative Entwicklung im Gassektor der Ukraine Moskaus Ukrainepolitik in die Hände, jedoch hat die Ukraine zumindest den formalen Grund dafür geliefert, dass Gazprom den im Dezember 2013 vereinbarten, für die Ukraine sehr günstigen Gaspreis kündigen konnte.

Das Winterpaket 2014/15

Seit Mitte Juni 2014 kaufte die Ukraine Erdgas nur noch aus EU-Ländern, strebte jedoch, weil man eine Gasknappheit befürchtete, die Wiederaufnahme der Lieferungen aus Russland an. Für das »Winterpaket« für

2014/15 hatten sich die Energieminister beider Seiten (Gazprom nahm an den Verhandlungen nicht teil) samt Energiekommissar Oettinger am 31. Oktober 2014 auf einen Gaspreis geeinigt, der aus dem ukrainisch-russischen Gasvertrag von 2009 abgeleitet sowie durch einen Preisabschlag vermindert wurde. Bei einem Gaspreis von 333,33 Dollar pro 1000 Kubikmeter und höher sollte er 100 US-Dollar und bei einem unter dieser Grenze liegenden Gaspreis 30 Prozent betragen. Da der nach dem Vertrag von 2009 berechnete Gaspreis für das vierte Quartal 478 US-Dollar betrug, belief sich der Abschlag demnach auf 100 US-Dollar und der Preis für November und Dezember 2014 auf 378 US-Dollar. Für das erste Quartal 2015 wurde der Preis wegen des gesunkenen Ölpreises nach der gleichen Methode auf 365 US-Dollar gesenkt. Beide Seiten einigten sich darauf, dass die Ukraine für offene Gasrechnungen im November und Dezember 2013 sowie zwischen April und Mitte Juni 2014 insgesamt 3,1 Milliarden US-Dollar bezahlen würde, wobei Naftogaz Ukrainy von dem Preis von 268,5 US-Dollar für das erste Quartal 2014 (was dem von Janukowitsch im Dezember 2013 ausgehandelten Preisnachlass entsprach) ausging, während Gazprom den Vertragspreis zugrunde legte und die Zahlung als Teilzahlung betrachtete.

Die Ukraine benötigte wegen des milden Winters im Rahmen des »Winterpakets« 2014/15 zwischen November 2014 und März 2015 nur 2,7 Milliarden Kubikmeter aus Russland, während sie im ersten Halbjahr 2014, als sie ihre Gasspeicher zu einem günstigen Preis oder auch ohne zu bezahlen füllen konnte, 14 Milliarden Kubikmeter aus Russland bezogen hatte.

Für ein »Sommerpaket« im zweiten Quartal 2015 einigten sich beide Seiten auf das gleiche Preisbildungsmodell wie für das »Winterpaket«, wobei der dann geltende Ausgangspreis von 347 US-Dollar durch Verzicht auf den Gasexportzoll um 100 US-Dollar auf 247 US-Dollar gesenkt wurde.

Das Winterpaket 2015/16

Gazprom wollte den Preis des »Sommerpakets« von 247 US-Dollar auch im dritten Quartal 2015 beibehalten. In diesem lag der vertragliche Ausgangspreis als Folge des im Vorjahr erfolgten Ölpreisrückgangs nur noch bei 287 US-Dollar, weswegen der Preis von 247 US-Dollar einen Verzicht auf den Gasexportzoll in Höhe von 40 US-Dollar und seine Reduzierung um 14 Prozent gegenüber dem Ausgangspreis bedeutete, während der von der Ukraine verlangte volle Verzicht auf den 30%igen Gasexportzoll einen um 86 US-Dollar verminderten Preis von 201 US-Dollar ergeben hätte. Dass die Ukraine auf das Angebot Gazproms nicht einging, lag nach den Worten des ukrainischen Energieministers nicht nur daran, dass man einen Preis um 200 US-Dollar für angemessen

hielt, sondern auch daran, dass Gazprom nur bereit war, seinen Preis für jeweils ein Vierteljahr zu garantieren, während die ukrainische Seite ein verbindliches Angebot für die gesamte Heizperiode verlangte. Zumindest die zweite Forderung hatte wenig Aussicht auf Erfolg, da Gazprom seine Exportpreise generell vierteljährlich an die Entwicklung des Ölpreises anpasst und keine Veranlassung sieht, für die Ukraine eine Ausnahme zu machen.

Für das vierte Quartal 2015 nannte Gazprom-Chef Miller am 1. September 2015 einen Ausgangspreis von 252 US-Dollar, der wiederum durch einen Teilverzicht auf den Gasexportzoll vermindert werden soll, dessen Höhe von der russischen Regierung bis Mitte September noch nicht benannt wurde. Er soll sich, so Russlands Regierung, nach den Erfordernissen des Staatsbudgets richten sowie die Situation auf dem westeuropäischen Gasmarkt berücksichtigen. Russlands Energieminister Alexander Nowak sowie Ministerpräsident Dmitri Medwedjew kündigten an, dass der Preisabschlag so bemessen werde, dass Gazproms Preis 20 bis 30 US-Dollar niedriger liegen werde als der für Lieferungen aus westlichen Ländern an die Ukraine. Die Ukraine müsste am Zustandekommen einer derartigen Vereinbarung interessiert sein, da sie das Gas aus Russland, das an den weiterhin niedrigen Ölpreis gebunden ist, voraussichtlich weniger kosten wird als kurzfristig auf dem EU-Markt beschafftes Gas. Gazprom befürwortet, so Gazprom-Chef Alexander Miller, die Wiederaufnahme der Gaslieferungen mit dem Ziel der Sicherung des Gastransits in die EU – jedoch nicht aus kommerziellen Gründen, weil das Gas, das die Ukraine aus ihren Nachbarländern in der EU importiert, faktisch ebenfalls aus Russland kommt und Gazprom daran verdient.

Jede Milliarde Kubikmeter Gas aus Russland könnte die Ukraine voraussichtlich ab dem vierten Quartal 2015 unter Anrechnung eines vom russischen Staatsbudget getragenen Preisabschlags von 30 US-Dollar ungefähr 220 Millionen US-Dollar kosten. Wenn das »Winterpaket« 2015/16 für einen sehr kalten Winter bemessen würde, hätte es einen Umfang von 15 Milliarden Kubikmetern und würde sich auf 3,3 Milliarden US-Dollar belaufen. Eine solche Summe kann die Ukraine, obwohl die Gaspreise für die Endverbraucher

2015 erheblich erhöht wurden – so unisono der Ministerpräsident und sein Energieminister – nicht aufbringen. Die ukrainische Regierung legte, weil sie von der EU, der EBRD und der Weltbank finanzielle Hilfen für die Bezahlung der Gaslieferungen erwartete, Wert darauf, dass über ein »Winterpaket« 2015/16 im Format Ukraine-Russland-EU verhandelt wurde.

Perspektiven für 2016 und danach

Auch wenn 2015, wie schon im Vorjahr, im letzten Augenblick ein »Winterpaket« vereinbart werden wird, bleiben grundsätzliche Probleme im Gashandel zwischen Russland und der Ukraine bestehen. Gazproms Preisberechnung geht von dem im Vertrag von Januar 2009 fixierten Basispreis (450 US-Dollar) aus, der von den damals hohen Gasimportpreisen für Deutschland und Polen abgeleitet wurde. Die auf diesem Basispreis beruhenden und an die Ölpreisentwicklung angepassten Vertragspreise mussten mit Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit der Ukraine jedoch mehrmals auf Kosten des Staatsbudgets Russlands nach unten korrigiert werden. Damit wurde Gazprom seinem eigenen Anspruch nicht gerecht, mit seinem Preismodell für die Ukraine »marktgerechte« Preise zu bestimmen. Spätestens 2014, als die Importe aus der EU den Umfang von fünf Milliarden Kubikmetern angenommen hatten, wodurch sich die im Vertrag von 2009 als Revisionsgrund genannten wirtschaftlichen Voraussetzungen wesentlich geändert hatten, war die Herabsetzung des dort fixierten Basispreises überfällig gewesen. Die Ukraine hat zwar auch eine derartige Revision verlangt, aber vor allem 2014 und 2015 erfolglos versucht, gegenüber Gazprom ein gänzlich neues Preismodell – die Orientierung an westeuropäischen Spotmarkt-Preisen – durchzusetzen, wozu Gazprom jedoch auch gegenüber seinen anderen Kunden bislang nicht bereit war und wofür der Ukraine die Verhandlungsmacht fehlte. So verbleibt für die Ukraine nur die Hoffnung, dass der Spruch des von beiden Seiten angerufenen Stockholmer Schiedsgerichts, der für 2016 zu erwarten ist, neben einem Urteil zu den Gasschulden der Ukraine und ihren Gegenforderungen an Gazprom unter anderem eine (möglicherweise rückwirkende) Korrektur des von Gazprom berechneten Gaspreises enthalten wird.

Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaft Russlands beschäftigt.

Lesetipps:

- Volodymyr Demchyshyn: Things aren't critical in the energy sector. It's just highly politicized, in: The Ukrainian Week, 20.08.2015, <<http://ukrainianweek.com/Politics/143995>>.
- Roland Götz: Der gerechte Gaspreis für die Ukraine: Preisformeln, Verhandlungen und Schiedsgerichtsverfahren ersetzen den Markt, in: *Ukraine-Analysen* Nr. 136/2014, S. 16–21.

Kernzahlen des Gassektors der Ukraine und die Modellrechnung für die Heizperiode 2015/16

Tabelle 1: Gasverbrauch der Ukraine nach Wirtschaftsbereichen 2007–2014 sowie insgesamt in Quartalen 2014/15 (Mrd. m³)

	Industrie	Private Haushalte und kommunale Einrichtungen	Gasförderung und Gastransport	Insgesamt
2007	33,0	29,7	7,1	69,8
2008	29,5	29,6	7,2	66,3
2009	17,2	28,9	5,8	51,9
2010	23,0	29,2	5,4	57,6
2011	26,0	27,9	5,4	59,3
2012	22,8	28,0	4,0	54,8
2013	19,1	27,0	4,3	50,4
2014	15,1	23,7	3,8	42,6
I/2014				18,4
II/2014				6,3
III/2014				4,3
IV/2014				13,6
I/2015				14,5
II/2015				4,8

Anmerkungen: Der Gasverbrauch für den Gastransport entsteht beim Betrieb der Kompressoranlagen. Der Gasverbrauch der Krim ist bis 2013 enthalten. Er betrug 2013 – 1,7 Mrd. m³, 2014 (im Januar und Februar) – 0,5 Mrd. m³. Die Werte für 2014 verstehen sich ab März ohne die Krim, jedoch einschließlich der Separatistengebiete in der Ostukraine.

Quellen: Für die Jahreswerte: Naftogaz Europe, <<http://naftogaz-europe.com/subcategory/en/GasConsumption>>, für die Quartalswerte: Ministerium für Energetik und Kohleindustrie der Ukraine: Statistische Informationen, <http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/officialcategory?cat_id=35081>.

Tabelle 2: Modellrechnung für die Speicherbilanz der Ukraine Anfang Oktober 2015 (Mrd. m³)

Bestand Ende August	14,5
Einspeicherung im September*	1,5
Bestand Anfang Oktober	16,0
Mindestbestand**	6,0
Maximale Ausspeicherung	10,0
Durchschnittliche Ausspeicherung pro Tag (Mio. m ³)***	56

Anmerkungen:

* Bei einer Speichergeschwindigkeit von 50 Mio. m³ pro Tag.

** Notwendig für die Aufrechterhaltung des Gasdrucks in den Speichern. Die Angaben für den notwendigen Mindestbestand variieren zwischen 3 und 10 Mrd. m³. Der hier benutzte Wert ist ein Mittelwert.

*** Bei einer Ausspeicherungsperiode von 6 Monaten/180 Tagen.

Quelle: Aktueller Füllstand der Gasspeicher in Europa einschließlich der Ukraine, entnommen Ende August von <<http://naftogaz-europe.com/article/en/GasBalances>>. Alle anderen Angaben sind Berechnungen von Dr. Roland Götz.

Tabelle 3: Modellrechnung für die Heizperiode 2015/16 der Ukraine: Verbrauch, Förderung und Import von Erdgas

	Durchschnittlicher Winter		Sehr kalter Winter	
	pro Tag Mio. m ³	pro Periode Mrd. m ³	pro Tag Mio. m ³	pro Periode Mrd. m ³
Verbrauch	160	28,8	240	43,2
Förderung	55	9,9	55	9,9
Speicherentnahme	56	10,0	56	10,0
Import aus EU	45	8,1	45	8,1
Import aus RU (Restgröße)	4	0,8	84	15,2
Import insgesamt	49	8,9	129	23,3

Anmerkung: Für die Heizperiode sind 180 Tage angenommen. In der Praxis wird sie abhängig von den Außentemperaturen festgelegt. Der Verbrauch wurde unter Berücksichtigung des sinkenden Industrieverbrauchs berechnet.

Quelle: Berechnungen von Dr. Roland Götz.

Tabelle 4: Gaspreise, Gasimporte und Gasrechnung der Ukraine 2007–2014 und nach Quartalen 2014/15 für Lieferungen aus der EU und aus Russland

	Gaspreise \$ pro 1.000 m ³		Gasimporte Mrd. m ³		Gasrechnung für Importe Mrd. \$	
	EU	RU	EU	RU	EU	RU
2007	–	130	–	50,6	–	6,6
2008	–	180	–	54,6	–	9,8
2009	–	233	–	36,5	–	8,5
2010	–	257	–	36,0	–	9,3
2011	–	314	–	44,8	–	14,0
2012	400*	424	0,1	32,9	0,0	13,9
2013	399	414	2,1	25,8	0,8	10,7
2014	355*	x	5,0	14,5	1,8*	X
I/2014	–	268,5	0,0	6,1	0,0	1,6
II/2014	355	485**	0,7	7,9	0,2	X
III/2014	353	–	1,5	0,0	0,5	0,0
IV/2014	355	378	2,8	0,5	1,0	0,2
I/2015	301	329	3,6	2,2	1,1	0,7
II/2015	275	247	2,7	1,6	0,7	0,4

Erläuterungen: – Nicht vorhanden. x Kein Wert ermittelbar. * Eigene Schätzung. ** Nicht bezahlt. 2007-2009 handelte es sich beim Gas aus Russland überwiegend um Import aus Turkmenistan.

Quellen: Ministerium für Energetik und Kohleindustrie der Ukraine: Statistische Informationen, <http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/officialcategory?cat_id=35081>, Naftogaz News, 17.08.2015, <www.naftogaz.com>, Simon Pirani et al.: What the Ukraine Crisis means for gas markets. Oxford 2014, <<http://www.oxfordenergy.org/>>, Simon Pirani: Ukraine's imports of Russian gas. How a deal may be reached. Oxford 2014, S. 5, <http://www.oxfordenergy.org>, Dokumentation in Ukraine-Analysen 144/2015, S. 16, und Berechnungen von Dr. Roland Götz.

Dezentralisierung: Politischer Konflikt und gewaltsame Proteste

Bei Protesten gegen die Verfassungsänderung zur Dezentralisierung des ukrainischen Staates am 31. August 2015 griffen etwa 50 Bewaffnete aus einer Gruppe von 3.000 Demonstranten vor dem Parlament in der Hauptstadt Kiew Polizisten und Sicherheitskräfte an. Die Polizei ging mit Tränengas und Rauchbomben gegen die Demonstranten vor. Aus der Gruppe der Demonstranten wurde eine Handgranate auf die Sicherheitskräfte geworfen. Etwa 120 Polizisten wurden verletzt, drei erlagen ihren Verletzungen. (Die Beobachtermission der OSZE, die bei den Protesten direkt vor Ort war, hat am Abend des 31.8. einen Kurzbericht zu den Ereignissen verfasst, siehe <<http://www.osce.org/ukraine-smm/179251>>.)

Die gewaltsame Eskalation wurde in der Medienberichterstattung vor allem als Ausdruck der gesellschaftlichen Explosivkraft der geplanten Verfassungsänderung zur Dezentralisierung betrachtet. Die Ereignisse zeigen aber auch die Zerrissenheit der Regierungskoalition und die gestiegene Gewaltbereitschaft des rechtsextremen politischen Spektrums.

Die Dezentralisierung ist in Punkt 11 des Minsker Friedensabkommens vom Februar 2015 geregelt. Dort heißt es: "Carrying out constitutional reform in Ukraine with a new constitution entering into force by the end of 2015 providing for decentralization as a key element (including a reference to the specificities of certain areas in the Donetsk and Luhansk regions, agreed with the representatives of these areas)" (siehe z. B. die Dokumentation des Abkommens in den Ukraine-Analysen Nr. 146 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen146.pdf>>).

Anfang März setzte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko eine Verfassungskommission ein, die sowohl ukrainische Politiker als auch internationale Experten umfasste. Eine der drei Arbeitsgruppen der Kommission war für die Dezentralisierung zuständig. Der Entwurf der Kommission zur Frage der Dezentralisierung wurde im Juni der Venedig-Kommission des Europarates zur Begutachtung vorgelegt. Die Venedig-Kommission begrüßte den Entwurf im Allgemeinen und machte nur zwei Verbesserungsvorschläge. (Das Originalgutachten ist online abrufbar unter <<http://venice.coe.int/files/CDL-PI%282015%29008-e.pdf>>.) Der überarbeitete Gesetzesentwurf zur Verfassungsänderung bezüglich der Dezentralisierung wurde im Juli vom ukrainischen Parlament zur Begutachtung an das Verfassungsgericht weitergeleitet, welches die Vereinbarkeit des Entwurfes mit der ukrainischen Verfassung feststellte. (Eine englische Übersetzung des vollständigen Gesetzesentwurfs findet sich unter <[http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-REF\(2015\)022-e](http://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL-REF(2015)022-e)>.)

Der Gesetzesentwurf zur Dezentralisierung ging im August 2015 zur ersten Lesung in das ukrainische Parlament, wo es am 31. August zur Abstimmung kam. Dabei stimmten 265 Abgeordnete für den Entwurf, darunter die anwesenden Abgeordneten des Oppositionsblockes, der de facto als Nachfolger der Partei der Regionen des ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch fungiert. Aus der Regierungskoalition lehnten hingegen 71 Abgeordnete den Entwurf ab. Die Fraktionen der Radikalen Partei und der Partei Vaterland stimmten geschlossen mit Nein. Einen vollständigen Überblick über das Abstimmungsverhalten gibt die am Textende folgende Tabelle.

Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, muss in der zweiten Lesung eine Zweidrittelmehrheit der vorgesehenen (nicht der tatsächlich besetzten) Parlamentsmandate erreicht werden, was 300 Stimmen entspricht. Nach der knappen Abstimmung Ende August wurde die zweite Lesung auf Dezember verschoben.

Bei dem Gesetz geht es um die Dezentralisierung staatlicher Entscheidungsfindungen, d. h. die Übergabe von Entscheidungskompetenzen an die regionale und lokale Ebene, jedoch nicht um eine Föderalisierung, die Vertretern der Regionen auf der nationalen Ebene ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen geben würde, etwa wie dies in Deutschland die Bundesländer über den Bundesrat besitzen. In der ukrainischen Öffentlichkeit wird die Dezentralisierung vor allem im Hinblick auf den bewaffneten Konflikt in der Ostukraine diskutiert und entweder als pragmatische Lösung oder als Ausverkauf an die Separatisten und Russland bezeichnet. Ersteres ist fraglich, da der Entwurf nicht alle Vorgaben der Minsker Vereinbarung erfüllt und die Vertreter der Separatisten am Entwurf nicht beteiligt waren. Letzteres ist zweifelhaft, da keine Autonomie für den Donbass vorgesehen ist. Vor allem wird aber in der Debatte wenig beachtet, dass die Separatisten offensichtlich nicht bereit sind, sich den Regeln der ukrainischen Verfassung – in welcher Form auch immer – unterzuordnen, da sie freie und demokratische Wahlen, die ihre politische Macht gefährden könnten, ablehnen. Ebenfalls wenig diskutiert werden die Folgen der Dezentralisierung für die politische Reformfähigkeit der Ukraine.

Ein weiterer inhaltlicher Punkt, der spaltet, ist die Frage der Präfekten. Die Präfekten sollen anstelle der heutigen Gouverneure auftreten und die Einhaltung der Verfassung und der Gesetze der Ukraine durch lokale Behörden

überwachen. Sie werden in der Lage sein, Rechtsakte der Selbstverwaltungsorgane im Falle ihrer Verfassungswidrigkeit auszusetzen und Gerichtsverfahren einzuleiten. Da die Präfekten vom Präsidenten auf Vorschlag der Regierung ernannt und entlassen werden, befürchten Reformkritiker durch sie eine »Usurpation der Macht durch den Präsidenten« und somit eine neue Welle des Autoritarismus. Im Gegensatz dazu argumentiert der Block Petro Poroschenko, dass die Dezentralisierung ohne Präfekten gleichbedeutend mit Separatismus sei. Darüber hinaus werden die Vorsitzenden der lokalen Selbstverwaltungsorgane nicht direkt vom Präsidenten, sondern erst nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts vom Parlament und auf Vorschlag des Präsidenten entlassen, so der Block.

In den Augen der Reformgegner besitzt die Verfassungsänderung insgesamt nur wenig Legitimität. Sie werfen der Regierung und dem Präsidenten vor, dass die Verfassungsreform von außen aufgezwungen und in der Öffentlichkeit sehr wenig diskutiert werde. So fordert die Partei Ljaschko nach der Abstimmung in erster Lesung jetzt ein landesweites Referendum über den Status des Donbass. Dabei wird außer Acht gelassen, dass der Gesetzentwurf von mehreren beteiligten Seiten erarbeitet wurde und mehrere Stufen durchlaufen hat.

Das Abstimmungsergebnis zusammen mit der scharfen Rhetorik zeigt, wie zerrissen die Regierungskoalition bezüglich dieser zentralen Frage ist. Julia Timoschenko verurteilte den Gesetzentwurf in der Parlamentsdebatte als Landesverrat, der mit der russischen Führung abgestimmt worden sei. Die Fraktion der Partei Selbsthilfe beschloss, fünf Abgeordnete, die für den Entwurf gestimmt hatten, aus der Fraktion auszuschließen. Die Radikale Partei von Ljaschko war Mitorganisator der Proteste vor dem Parlament und erklärte nach der Abstimmung ihren Austritt aus der Regierungskoalition. Als einen der Gründe dafür nannte Ljaschko die Zustimmung des Oppositionsblocks zur Verfassungsänderung gemeinsam mit den Koalitionspartnern, was praktisch einer neuen Koalition im Parlament entsprechen würde. Ebenso hat die Partei Selbsthilfe die Einbeziehung der Stimmen von ehemaligen Abgeordneten der Partei der Regionen scharf verurteilt. Die Regierungskoalition ist seitdem unter Einbeziehung von Präsident Poroschenko mit Krisengesprächen beschäftigt. Die Strategie der Koalitionsparteien dürfte dabei auch vom Ergebnis der Kommunalwahlen im Oktober abhängen.

Die gewaltsamen Ausschreitungen vor dem Parlament zeigen gleichzeitig, dass rechtsextreme Kräfte in der Ukraine zunehmend bereit sind, Gewalt gegen politische Gegner und die Polizei einzusetzen und u. a. aufgrund der Verfügbarkeit von Waffen aus den Kämpfen in der Ostukraine auch zunehmend bewaffnet sind. Im Sommer war es so bereits zu tagelangen Kämpfen zwischen Polizei und Vertretern des Rechten Sektors in der Region Transkarpatien gekommen. Im September wurde dem Rechten Sektor in Odessa die Entführung des Mitarbeiters eines Parlamentsabgeordneten und Angriffe auf Polizeibeamte vorgeworfen. Für die Gewalt vor dem ukrainischen Parlament wurden vor allem Angehörige der Partei Swoboda verantwortlich gemacht, die genau wie der Rechte Sektor bei den Wahlen im Vorjahr den Einzug ins Parlament nicht geschafft hatte. Die Staatsanwaltschaft beantragte die Verhaftung von insgesamt 18 Teilnehmern der Demonstration wegen Gewaltanwendung. Des Handgranateneinsatzes wird Igor Gumenjuk beschuldigt, der laut Aussage des ukrainischen Innenministers bei Swoboda aktiv war und bei einem Freiwilligenbataillon in der Ostukraine gekämpft hat.

Wir dokumentieren nach der Tabelle zum Abstimmungsergebnis die Stellungnahmen wichtiger politischer Akteure zur Dezentralisierungsdebatte und der Eskalation der Gewalt, und zwar von (1) Präsident Poroschenko, (2) Ministerpräsident Jazenjuk, (3) der Fraktionsvorsitzenden der Partei Vaterland, Julia Timoschenko, (4) der Partei Selbsthilfe und (5) der Partei Swoboda. Die hier wiedergegebenen englischen Fassungen stammen von den jeweiligen Akteuren und wurden (auch im Hinblick auf offensichtliche Sprachfehler) nicht redaktionell bearbeitet. Sie spiegeln den aktuellen Stand am Tage der Abstimmung wider.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Tabelle 1: Ergebnis der Abstimmung zur Verfassungsänderung (1. Lesung, 31.8.2015)

	Ja	Dagegen	Enthal- tung	Nicht abge- stimmt	Abwesend	Gesamt
Block Petro Poroschenko	115	5	3	7	13	143
Volksfront	69	1	0	2	9	81
Selbsthilfe	5	26	0	0	0	31
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	0	21	0	0	0	21
Vaterland	0	18	0	0	1	19
<i>Koalitionsparteien insgesamt</i>	<i>189</i>	<i>71</i>	<i>3</i>	<i>9</i>	<i>23</i>	<i>295</i>
Oppositionsblock	38	0	0	0	5	43
Fraktionslose	13	15	0	1	14	43
Gruppe »Wiedererstehung«	11	0	2	1	8	22
Gruppe »Volkswille«	14	1	0	0	3	18
Gesamt	265	87	5	11	53	421

Quelle: Werchowna Rada der Ukraine, <http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/radan_gs09/ns_golos?g_id=3462>

(1) Präsident Petro Poroschenko: President's Address to the Nation on the Constitutional Amendments Vote at the Parliament of Ukraine (31.08.2015)

My fellow Ukrainians!

Today the Verkhovna Rada of Ukraine has approved constitutional amendments on decentralization in the first reading. This has finally happened after more than year-long discussions.

I am consciously undertaking steps to share my powers in favor of local communities and reinforce them with redistribution of financial resources. So that more money and more power for local communities corresponded with more responsibility and influence of local communities and citizens.

Decentralization fundamentally changes the political system of Ukraine. It paves a way to the European model of self-governance, and it is also part of my peace plan. Today's vote has been uneasy but a sound step toward peace.

Understandably, some people in Moscow are quite anxious because they did not get what they want. The Internet and newspapers are full of headlines such as "The Kremlin did not like constitutional amendments", "Russia's Foreign Ministry criticizes Ukraine's constitutional reform" and "Russia-backed militants are angry that Kyiv did not consult with them on constitutional changes."

Just recall what circumstances we were under one year ago. They wanted not only federalization, but a confederation where a dozen of Ukrainian regions would be connected to Russia more closely than to the rest of Ukrainian neighbors. Then they dreamt about their proxies taking key decisions in foreign policy, vetoing Ukraine's integration in the European Union and NATO. But a meager line about the peculiarities of local self-governance is the only thing they got. Does anyone think that it was easy to achieve? We should glorify Ukrainian soldiers and thank Ukrainian diplomats for this.

What would happen if the Verkhovna Rada did not vote for constitutional amendments? The fate of a pro-Ukrainian international coalition would be significantly undermined. Potential extension of economic sanctions that hurt the aggressor would not be on the table. The grim picture of having Ukraine struggling against the aggressor alone would become a real threat.

My fellow countrymen!

It is very sad that some members of the parliamentary coalition attacked the President and the Supreme Commander-in-Chief of their own country instead of directing their burgeoning energy to counter the external enemy. They have also launched a campaign against our closest allies—the United States, Germany, France and the European Union.

I do not claim they are agents of Moscow. Some decided not to take a responsible stand, but instead took a pose that is cynical and dangerous for the country. Some acted not as statesmen, but egotistic politicians that do not see ahead of the local elections on October 25.

How can you call events that unfolded near the Verkhovna Rada other than a stab in the back?! It was an anti-Ukrainian action for which all organizers, all representatives of political forces without any exception must carry full responsibility. I will personally control the fulfillment of this, as I had a meeting with all heads of law enforcement and gave clear orders of conducting a transparent investigation and bringing both the organizers and perpetrators to justice. They have attempted to storm the Parliament. They have thrown a grenade. They have targeted a serviceman of the National Guard in his heart and killed him! They have wounded around 120 servicemen and police officers – many of whom took part in the Anti-Terrorist Operation, some of them are decorated with state awards.

Thanks to the diplomatic efforts last week, including my direct involvement during the visit to Brussels, it has been three days in a row when not a single shot from the heavy artillery was fired on the frontline. It has been three days when not a single Ukrainian soldier was killed in action. On the other hand, someone kills defenders of the homeland here in Kyiv for the sake of advertising their party banners and several seats in a district council.

Whose plans did the so-called patriots fulfill today? The answer is obvious.

My fellow countrymen!

Today's vote on constitutional issues of national importance has naturally united non-affiliated MPs but—and I am saying this with all responsibility—constitutional changes have to unite the parliament; it does not mean changes in the parliamentary coalition. Do not trust the speculators on this subject. Despite events in the Parliament today, the current coalition will continue to function, because it is crucial for the national interests of Ukraine! Other options are not considered at all. This is my solid position.

Today, Ukraine confirmed its reputation as a reliable partner and strengthened the image of the country that fulfills Minsk agreements in contrast to Russia. If Moscow does not reconsider its position, individual sanctions against those involved in the annexation of Crimea and the occupation of areas in Donetsk and Luhansk regions will be extended this fall. Similarly, sector sanctions will be extended in early January of the next year.

Today's vote is not final, but it will provide a huge room for maneuver for the Ukrainian diplomacy. The final decision by the end of 2015 will need 300 votes. My fellow countrymen, I assure you this will depend on the developments in eastern Ukraine and whether Russia adheres to the Minsk agreements in the next months.

The draft constitutional amendments do not foresee special status for particular districts of Donetsk and Luhansk regions. This, in my view, is just a cliché that certain political parties employed as election strategy, an element of the dishonest information campaign against the Constitution and against the president.

Moreover, we are crossing out a clause that allows an illusory opportunity for special status in Article 92 of the Constitution of Ukraine. This was done in order to eliminate any kind of legalistic ways to prevent the emergence of numerous fiefdoms.

Speaking on the peculiarities of local self-governance in certain districts in Donetsk and Luhansk regions, it is defined by a particular law. This law has been approved twice by the previous and the current Parliament. Its time-frame—three years, and one year passed already. Most articles of this law are suspended. They can be enforced only after the fair elections on these territories according to the Ukrainian law and the OSCE standards. And only after the withdrawal of Russian troops and weapons from the territory of Ukraine, as well as the restoration of control over the entire Ukraine–Russia border. Is anyone against this?

Therefore, these constitutional amendments mean not the loss of territories but the opposite. They provide us with a chance and opportunity to settle and return Ukraine's sovereignty over the de facto occupied territories via political and diplomatic means.

We will definitely win through a combination of strengthening our defense capacities and political and diplomatic efforts.

Glory to Ukraine!

Quelle: the Presidential Administration of Ukraine, <<http://www.president.gov.ua/en/news/zvernennya-prezidenta-shodo-golosuvannya-u-verhovnij-radi-zm-35891>>

(2) Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk: Statement by Prime Minister of Ukraine Arseniy Yatsenyuk (31.08.2015)

First of all, I would like to express condolences to the family of Ihor Debrin, who was killed by mobs, I emphasize—by mobs—in clashes near the Verkhovna Rada of Ukraine.

All the wounded will receive both moneyed and medical assistance: all our soldiers, all law enforcement officers, the National Guard officers and persons who have suffered as a result of a crime committed by certain political forces.

These political forces haven't come to defend the Constitution, but to rape the Constitution and Ukraine. And, actually, they are worse than Russian gangsters and terrorists in the East. Those don't hide that they are at war with Ukraine. However, these hiding behind the slogans of patriotism and love for Ukraine are destroying Ukrainian statehood.

The recent crime committed under the flags of different political forces, including under the flags of the Freedom political party must be investigated and punished.

As a citizen of Ukraine, I demand, under Article 348 of the Criminal Code of Ukraine, a life sentence for the person who threw the grenade, resulting in the death of an enlisted member of the National Guard of Ukraine.

Also I appeal to all political forces, I emphasize, to each of them and, in particular, to the political forces in the coalition, with a demand to publicly condemn this crime, those politicians and the political forces who have caused the destabilization of the country, an insult to the Ukrainian Constitution, the murder of a young man and the injury of dozens of Ukrainian soldiers.

The cynicism of this crime is also in the fact that when the Russian Federation and its thugs are trying to destroy the Ukrainian state and they fail to do that at the front in the East, the so-called pro-Ukrainian political forces are trying to open another front inside the country.

We are united inside our democratic coalition, we are united with the President, the Government and all responsible citizens of the country in our efforts to prevent the victory at both first and second fronts. The only victory proves possible at our front—preserving Ukrainian statehood, fighting against Russian terrorism and introducing changes in the country.

The organizers, instigators and perpetrators of this crime shall be held answerable.

Now we are to have a meeting with the President of Ukraine and, I believe, there must be established a joint investigative team of the Ministry of Internal Affairs, the Security Service of Ukraine, the Prosecutor General of Ukraine, which should bring to justice everyone responsible for this crime and to do everything to prevent such a situation in the future: when a person thinking about how to undermine the foundations of national statehood and reputation of Ukraine in the world would be aware he would be punished.

Quelle: Information and Communication Department of the Secretariat of the CMU, <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=248445695&cat_id=244314975>

(3) Fraktionsvorsitzende der Partei Vaterland, Julia Timoschenko: Constitutional changes aren't the road to peace (31.08.2015)

Batkivshchyna faction leader Yulia Tymoshenko says that the president's proposed changes to the Ukrainian Constitution involving decentralization in their current version will not strengthen local communities or bring peace to Ukraine.

"We must admit today that, unfortunately, this is not the road to peace and not the road to decentralization. This, unfortunately, is a totally different process that deceives us and forces us to lose territory," Yulia Tymoshenko said today from the podium in the Verkhovna Rada during debates on the first reading of the relevant draft law.

The Batkivshchyna faction leader believes it is unacceptable that the process of changing the Constitution took place without considering public opinion and without unity in parliament, as well as under conditions of aggression by the Russian Federation in Ukraine.

"There is dissent in the Verkhovna Rada. People who stood together on the Maidan are shouting 'shame!' in each other's faces. The country's moral authorities are saying this is a betrayal of Ukraine, the Constitutional Court too. Those that voted for Yanukovich's dictatorial powers voted 'yes'. Those that are the conscience of the Constitutional Court issued a dissenting opinion, which we weren't even given in the parliament hall," she said.

"Reforms aren't built on such strife. The formation and development of the state aren't built on such strife," Yulia Tymoshenko said.

The Batkivshchyna leader said that her faction does not support the constitutional changes that were passed in the first reading. "Our aim by voting no is to return the peace talks to the proper path that will give peace, not the illu-

sion of peace. We as government people must work for the national interests of Ukraine, for peace and an end to the war," she said.

The Batkivshchyna faction leader also believes these changes to the Constitution go against the national interests. "Does anyone doubt that in the geopolitical lobbies this Constitution was agreed with Russia? There is no doubt! But look, Russia is publicly disagreeing with them, knowing that we will be forced to pass it. This means that we are being occupied piece by piece. Putin doesn't need Donbas, he needs war and destabilization in Ukraine," she added.

"I know that Batkivshchyna will do the right thing today and vote 'no', thus starting a new process of talks, new negotiations on changes to the Constitution and the correct, effective and honest path to peace," Yulia Tymoshenko said.

Quelle: <<http://www2.tymoshenko.ua/en/news-en/constitutional-changes-aren-t-the-road-to-peace/>>

(4) Partei »Selbsthilfe«: 7 threats of the amendments to the Constitution proposed by the President (28.08.2015)

1. Offered not by the people of Ukraine but imposed from the outside.

Politicians have no right to amend the Constitution if the people don't know and don't understand the proposed changes. These changes were designed hastily behind the scenes. In the working groups one text of amendments was discussed, and then the absolutely different one, developed by a mythical "secretariat", was introduced to the Parliament. These changes were designed not by the people of Ukrainian, not by their legal representative, but by the Presidential Administration under the pressure from the outside and for the convenience of everybody but the very Ukrainians.

2. Approved by those judges of the Constitutional Court who blessed the usurpation of power by Yanukovich.

Consideration of the Constitutional Court was unprecedentedly hasty and of a purely biased and formal character. Despite the fact that changes to the Constitution of Ukraine affect the rights and obligations of every citizen, there were no appropriate hearings in the Constitutional Court, none of the citizens, scientists, experts or deputies could even express their opinion.

3. Will not lead to the promised decentralization.

"Samopomich" supports decentralization; however, the proposed changes do not give the communities more powers. On the contrary, the central power will be immensely represented in cities and towns and will be furtherly strengthened through the powers of the President to strip the mayors and councils of their powers. Nowhere in the democratic countries the head of a state controls the local government, either through his representatives (prefects) or by terminating the powers of mayors and councils. Therefore, adoption of the proposed changes will significantly worsen the situation with the local government, and without a strong local government the country will be once again trapped with authoritarianism.

4. Grant a "special status" for the occupied Donbas and undermine the sovereignty.

They are trying to convince us there is no special status for Donbas in the Constitution and the provision "On special procedure of local government in some areas of the Donetsk and Luhansk regions" is just a "formality" and a "necessary conditions of peace". But this is just another name that does not change the essence. A separate law "on special procedure of local government" will let the "leaders" of the Donetsk and Luhansk regions influence the appointments of judges and prosecutors, create the so-called people's militia units ostensibly to maintain order.

Such privileges can be called "the peculiarities of local government", not "the special status", but actually this does not change anything; either the war has not ceased to be a war just because it is called the anti-terrorist operation.

In addition, one should understand that "some areas of the Donetsk and Luhansk regions" are the occupied territories, therefore any powers given to them are the powers given to the occupiers. Making these changes to the Constitution will turn the war waged and supported by Russia into a conventional civil war, in which Ukraine as a party will never be able to seek support from other states.

5. Pave the way for the legalization of the militants and bringing the terrorists to power.

De facto, the changes to the Constitution legitimize "the Minsk Agreement", and if the Verkhovna Rada adopts them, the next step will be the amnesty for the Russian military and the separatists for which the Parliament will vote. The international partners are already talking about the importance of holding elections in the occupied territories along with the all-Ukrainian local elections, those on October 25. However, nobody mentions that a cynical condition for holding the local elections in Donbas is amnesty for serious criminals. This is a tough requirement of the item Nr. 5 of the Minsk Agreement, and the appropriate steps have already been taken! This refers to the so-called amnesty law (bill Nr. 5082 from September 16, 2014), according to which such serious crimes as terrorism financing, initiation and conduct of war, torturing, hostage-taking, and looting will be absolved.

6. Are introduced during the armed aggression of Russia against Ukraine.

According to the second part of Article 157 of the Constitution of Ukraine, it is prohibited to amend the Constitution under the conditions of a martial law or a state of emergency. We shall recall that the Verkhovna Rada of Ukraine by its Resolution Nr. 129 of January 27, 2015 recognized the Russian Federation as an aggressor state. In the circumstances of armed aggression against Ukraine and actual occurrence of the combat operations on the territory of our country—any amendments to the Constitution of Ukraine are unacceptable. It would have been wise to impose a moratorium on amending the Constitution of Ukraine in time of the armed aggression of Russia against Ukraine.

7. Amendments to the Constitution will not save us from the aggression of Russia, but will allow it to conquer us from within.

It was to make us change our Constitution that Russia started the war with Ukraine. The Kremlin strives for a special procedure of the local government in the occupied territories to conquer us from within. That is why Russia has made our international partners agree to such changes that are beneficial to everybody but the very Ukrainians. Western partners who insist on the necessity of amending the Constitution, as a condition of the Minsk agreements do not give an answer to a simple question—why Ukraine must be the only party to comply with the Minsk agreements, and what will be the response of the West in the event of further violations of the agreements on the part of the Russian Federation? The proposed changes will not tame the aggressor, but will bring it closer to a “legal” way victory.

Quelle: <<http://samopomich.ua/en/uk-7-zahroz-zaproponovanyh-prezydentom-zmin-do-konstytutsiji/>>

Fraktionsvorsitzender der Partei »Selbsthilfe«, Oleh Beresjuk: “Samopomich” believes that the responsibility for the events at the Verkhovna Rada lies primarily with the Security Service and the Interior Ministry (31.08.2015)

The tragic events at the Verkhovna Rada are the result of a crisis of the executive power and the criminal negligence of the law enforcement. This was stated by Chairman of the “Samopomich” faction Oleh Bereziuk.

“At the Parliament there were in the main the people who care about the country, because the Constitution is the property of the people, not the politicians, the parliament or the president. However, among those people there were also provocateurs. At whose order were they working—is a rhetorical question. But the duty of the law enforcement agencies is to anticipate such events. The Security Service and the Interior Ministry should have prevented this before by revealing provocateurs,” he stated.

The Chairman of the “Samopomich” faction is convinced that after today’s events at the walls of the Verkhovna Rada, the Security Service and the Interior Ministry leadership should resign.

The MP stresses that what happened isn’t the result of the events of one day, but of the systemic criminal negligence.

Quelle: <<http://samopomich.ua/en/uk-u-samopomochi-vvazhayut-scho-vidpovidalnist-za-podiji-pid-vr-lezhyt-v-pershu-cherhuna-sbu-ta-mvs/>>

(5) Partei Svoboda: Statement of “Svoboda” concerning the act of terror near the Parliament (31.08.2015)

Authorities are entirely liable for the act of terror near the Parliament, which caused in dozens of injured people. Protest actions of Ukrainians were provoked by ruling coalition together with pro-Russian “Opposition bloc” namely by including to the agenda of the Parliament and voting in the first reading the amendments to the Constitution, that establish the special status of Donbas and are the actual capitulation to the Kremlin.

Exactly the internal-security forces first attacked the activists, thus provoking numerous fights. At the same time internal-security forces failed to take appropriate measures to counteract the provocateurs. Obviously, the use of an explosive device thrown by unknown to internal-security officers is well-planned provocation against Ukrainian patriots.

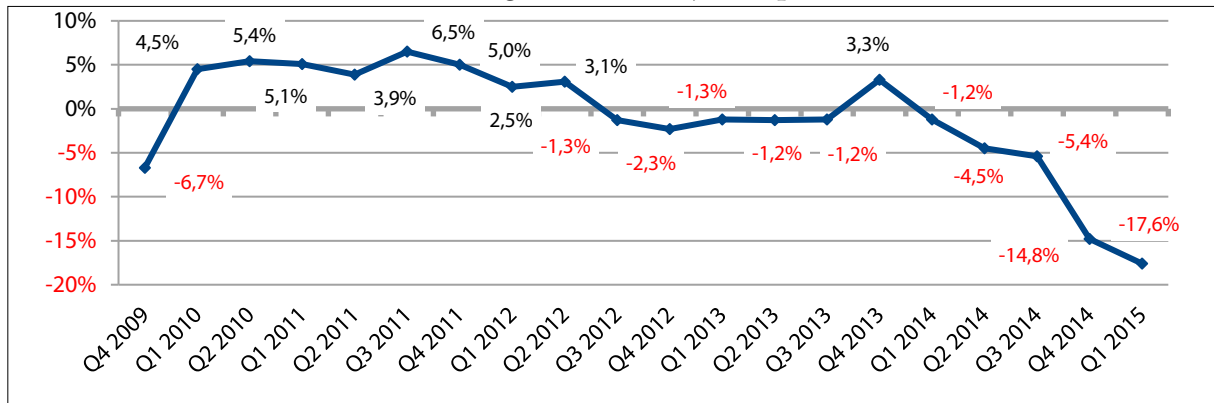
We demand the resignation of the Minister of Internal Affairs of Ukraine Arsen Avakov, whose criminal inactivity led to the tragedy. We refer to the representatives of the Parliamentary coalition with the demand not to vote in the second reading for the proposed project of amendments to the Constitution.

Quelle: *Press Service of Svoboda*, <<http://en.svoboda.org.ua/news/comments/00015051/>>

STATISTIK

Aktuelle Wirtschaftsdaten

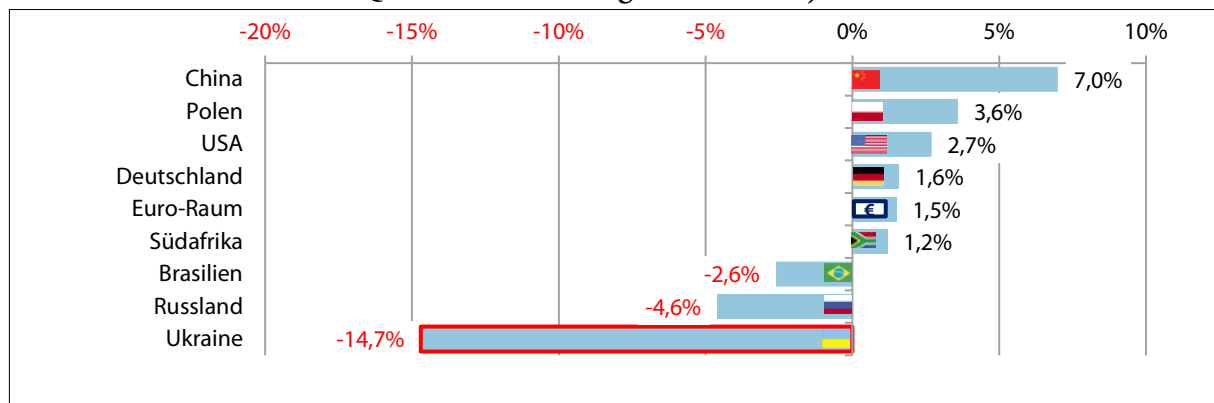
Grafik 1: Ukraine: Reales BIP im Vergleich zum Vorjahresquartal, 2009–2015



Angaben seit April 2014 ohne Krim

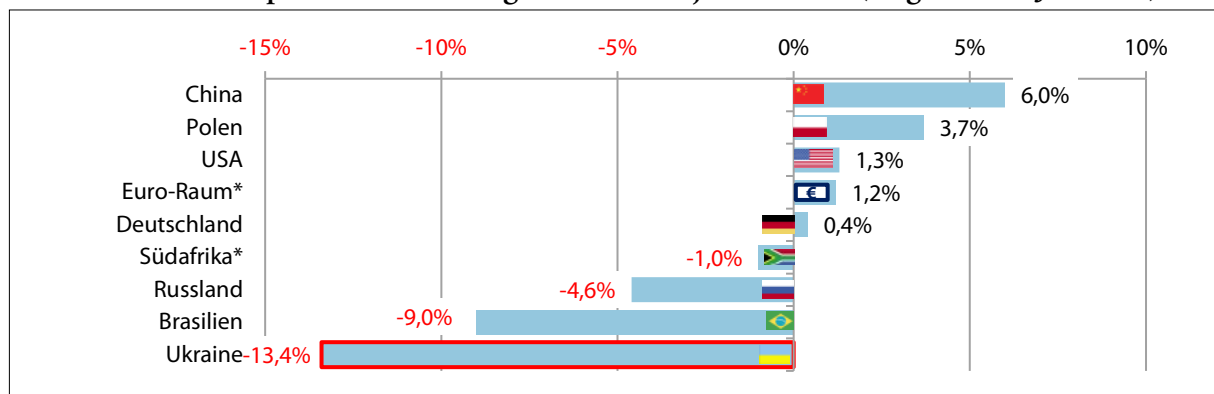
Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor

Grafik 2: BIP im zweiten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 12.09.2015.

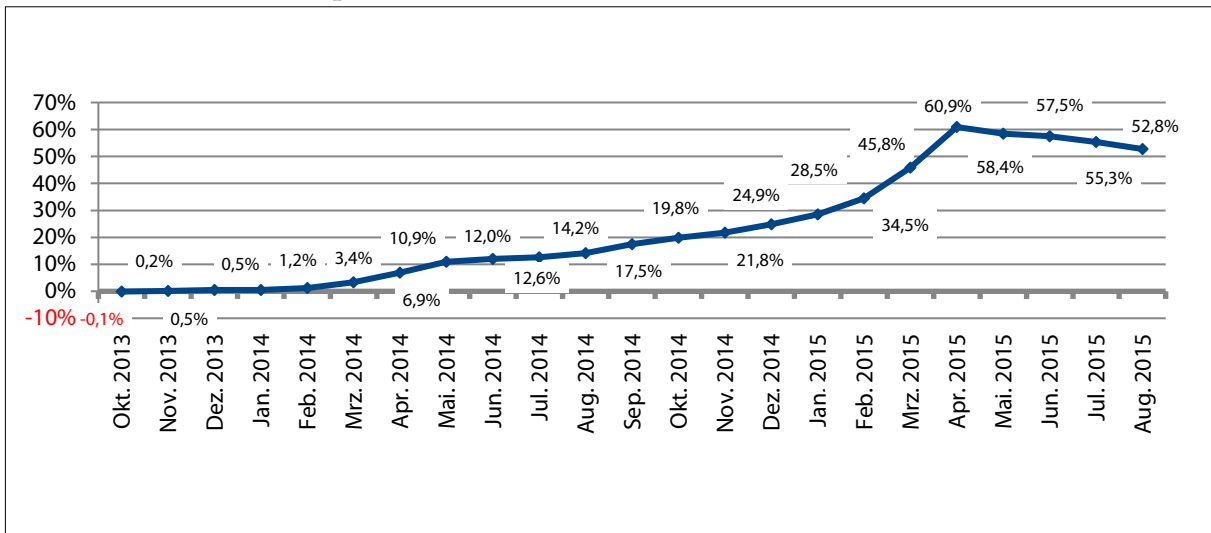
Grafik 3: Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahresmonat (Angaben für Juli 2015)



* Angaben für Juni 2015

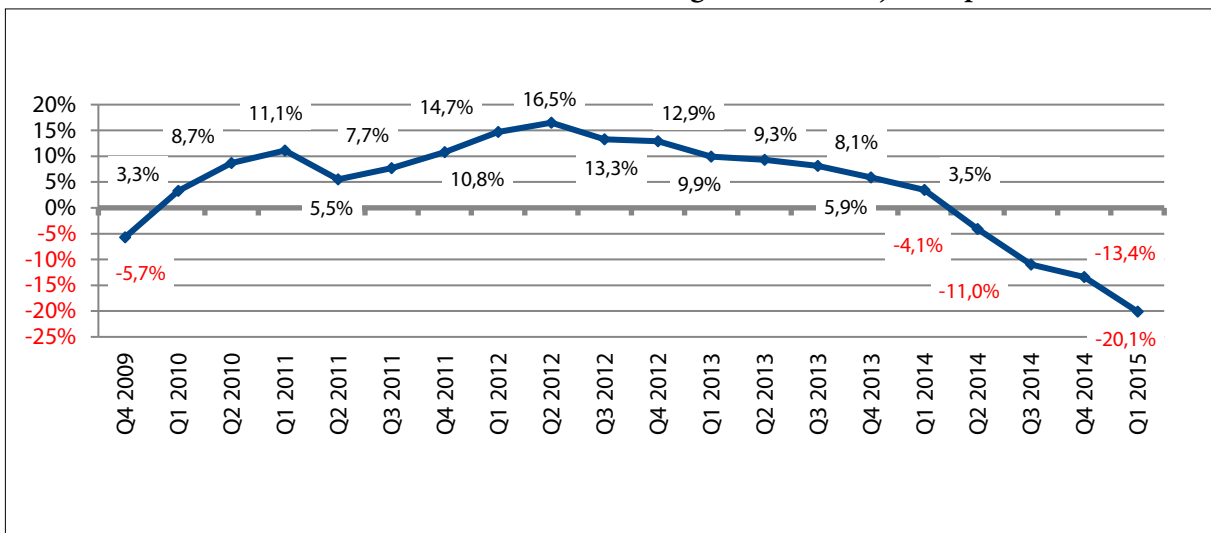
Quelle: The Economist, <<http://www.economist.com>>, 12.09.2015.

Grafik 4: Ukraine: Inflation im Vergleich zum Vorjahresende, Okt. 2013 – Aug. 2015 (Konsumentenpreise)













Anmerkung: Angaben seit April 2014 ohne Krim, seit 2015 auch ohne die von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierte Regionen.
Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 5: Ukraine: Realer Durchschnittslohn im Vergleich zum Vorjahresquartal, 2009–2015



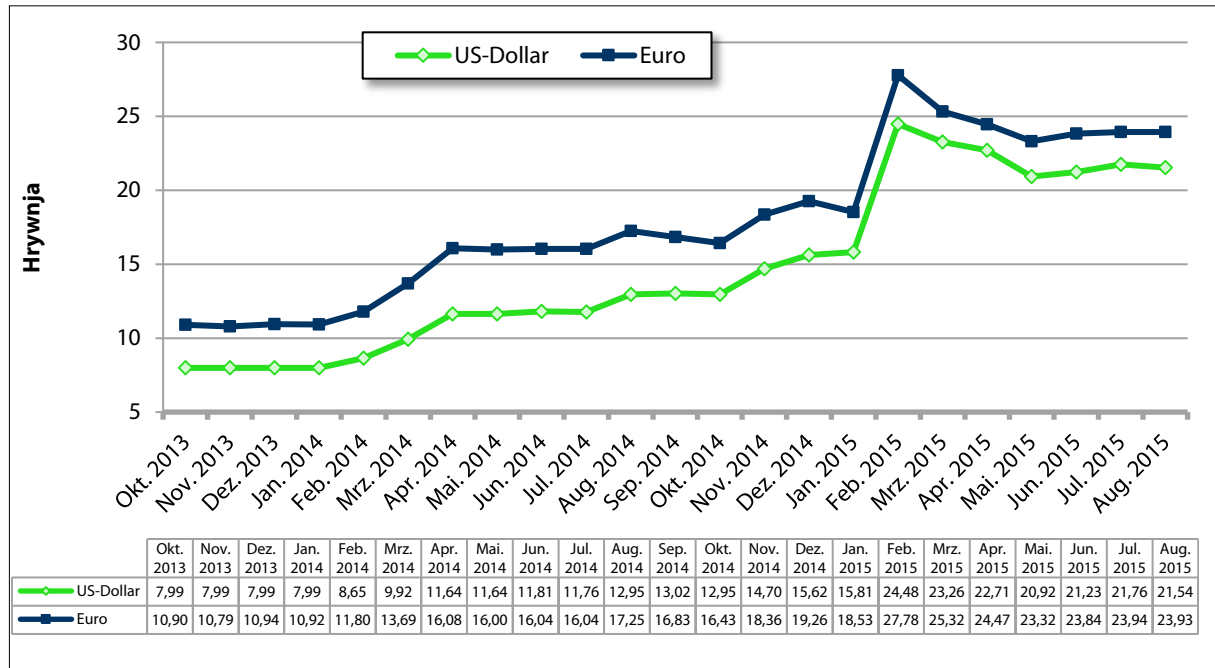
Anmerkung: Angaben seit April 2014 ohne Krim
Quelle: Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER), Monthly Monitor

Tabelle 1: Ukraine: Verbraucherpreisindex für öffentliche Versorgungsleistungen, Januar – August 2015 (im Vergleich zum Dezember des Vorjahres)

	Januar 2015	Februar 2015	März 2015	April 2015	Mai 2015	Juni 2015	Juli 2015	August 2015	Tendenz im Jahresverlauf	zum Vergleich Jahresverlauf 2014
Wasser-versorgung	101	103,1	103,3	103,5	110,8	119,4	121,9	121,9		
Abwasser	101,1	103,1	103,2	103,3	109,7	118,4	121,1	121,1		
Strom	100	100	100	133,6	133,6	133,6	133,6	133,6		
Erdgas	100	100	100	553,4	553,4	553,4	553,4	553,4		
warmes Wasser, Heizung	100,4	100,5	100,3	100,2	107,6	108,8	108,8	108,8		

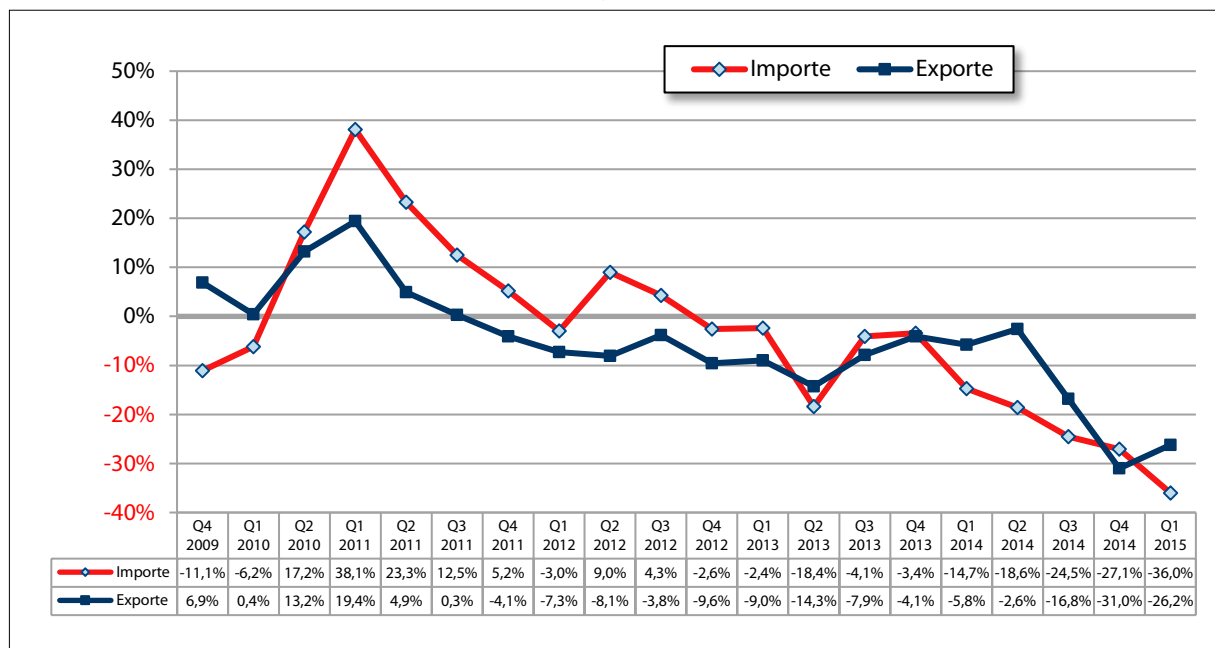
Quelle: Staatskomitee für Statistik der Ukraine, für 2015: <http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2015/ct/is_c/isc_u/isc2015gr_u.html>, für 2014: <http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2014/ct/is_c/isc_u/isc2014gr_u_.html>

Grafik 6: Wechselkurs der Hrywnja, Okt. 2013 – Aug. 2015
(offizieller Kurs, Durchschnittswert für den jeweiligen Monat)



Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

Grafik 7: Importe und Exporte im Vergleich zum Vorjahr (Veränderung in % bezogen auf den Wert in US-Dollar, 2000–2015)



Anmerkung: Angaben seit April 2014 ohne Krim

Quelle: Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor.

22. Juni – 13. September 2015

22.06.2015	Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew, hält es für unmöglich, den Strom russischer Freiwilliger in das umkämpfte Gebiet der Ostukraine zu unterbinden. In einem Interview mit der russischen Zeitung Komersant erklärt er, Russland könne die Grenze nicht schließen. Dies käme einer Blockade gleich.
22.06.2015	Die Pressesprecherin der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini gibt bekannt, dass die EU die Wirtschafts-sanktionen gegen Russland um sieben Monate bis Ende Januar 2016 verlängert habe. Ziel sei es, die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu erwirken.
23.06.2015	Der ehemalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytch erklärt in einem Interview mit der BBC, dass er bei den Unruhen auf dem Maidan im Februar 2014 keinen Befehl gegeben habe, auf Demonstranten zu schießen. Die Sicherheitskräfte hätten jedoch die Erlaubnis gehabt, ihre Waffen einzusetzen.
23.06.2015	Der Internationale Währungsfonds erklärt, dass die drei Milliarden US-Dollar, die Russland der Ukraine im Dezember 2013 als Kredit gewährt hatte, nicht als private Schulden gelten. Das Hilfsprogramm des IWF sieht vor, dass Schulden bei öffentlichen Gläubigern pünktlich zurückgezahlt werden müssen, damit Hilfgelder weiterhin ausgezahlt werden. Die Rückzahlung von Schulden bei privaten Gläubigern kann hingegen von der Ukraine einseitig verschoben werden, ohne dass die Hilfskredite des IWF dadurch unterbrochen werden. Die Ukraine hatte versucht, die im Dezember 2015 fälligen drei Milliarden als private Schulden zu deklarieren, um die Rückzahlung aufzuschieben zu können.
23.06.2015	In einem Brief an den Präsidenten, den Ministerpräsidenten und den Parlamentssprecher fordert die Weltbank die Verabschiedung zweier Gesetze bis zum 30. Juni 2015. Andernfalls sei die Auszahlung von 1,5 Milliarden US-Dollar an Hilfskrediten gefährdet. Das erste Gesetz soll garantieren, dass ausschließlich kostendeckende Tarife für kommunale Dienstleistungen aufgestellt werden. Das zweite Gesetz soll es ermöglichen, zahlungsunfähige Banken abzuwickeln und dabei die Auszahlung garantierter Einlagen zu beschleunigen. Entsprechende Gesetzesprojekte waren am 18. Juni 2015 bereits in erster Lesung verabschiedet worden.
23.06.2015	Die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet, dass es bei einem Treffen der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen – einer von vier Untergruppen der trilateralen Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE – keine Einigung gegeben habe. Die Besprechungen der Arbeitsgruppen zu humanitären und wirtschaftlichen Fragen würden noch andauern.
24.06.2015	In Paris geht in der Nacht das Treffen der Außenminister der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs zu Ende. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, er habe den anderen Parteien detaillierte Informationen über die Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens durch die Separatisten vorgelegt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow berichtet, man habe sich auf eine Entmilitarisierung des Dorfes Schyrokynye geeinigt, die in der Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen vorbereitet werden solle. Die Runde spricht sich in einer Abschlusserklärung außerdem für die vollumfängliche Umsetzung der Minsker Vereinbarungen aus.
24.06.2015	Die Internet-Zeitung Ukrainka Prawda berichtet, dass die Regierung dem Parlament in naher Zukunft die Absetzung des Umweltministers Ihor Schewtschenko zur Abstimmung vorlegen werde. Schewtschenko war in die Kritik geraten, weil er zwei nicht vom Regierungschef genehmigte Auslandsreisen unternommen hatte, eine davon in die Vereinigten Arabischen Emirate. Außerdem wird Schewtschenko vorgeworfen, seine Nähe zu dem Abgeordneten und Energieunternehmer Oleksandr Onischtschenko für persönliche Vorteile genutzt zu haben.
24.06.2015	Die Vertretung der EU in der Ukraine empfiehlt der ukrainischen Regierung in einem Brief, bereits jetzt einen politischen Sonderstatus für den Donbass zu erarbeiten, wie es die Minsker Vereinbarungen vorsehen. Die ukrainische Seite solle nicht abwarten, bis die Separatisten die Auflagen der Vereinbarungen erfüllt haben. Diese sehen eigentlich vor, dass vor dem Beginn der politischen Reform der Waffenstillstand umgesetzt und die schweren Waffen vollständig abgezogen sowie lokale Neuwahlen durchgeführt werden.
25.06.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von 139 Detonationen im Gebiet um den Flughafen von Donezk am 23. Juni 2015. Zwei Versuche des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums, die Parteien zur Einstellung des Feuers zu bewegen, seien fruchtlos geblieben. Insgesamt habe sich die Situation in dem Gebiet wieder verschärft.
25.06.2015	Finanzministerin Natalja Jaresko schließt die Zahlungsunfähigkeit der Ukraine Ende Juli 2015 nicht aus. Sie reagiert damit auf die Äußerung der Investmentbank Goldman Sachs, die eine Insolvenz für Juli prognostiziert hatte, da am 24. Juli 2015 eine Rückzahlung in Höhe von 120 Millionen US-Dollar ausstehe, die die Ukraine nicht leisten könne.
26.06.2015	Bei der Vorbereitung von Nachwahlen im Wahlkreis Nr. 205 im Gebiet Tschernihiw können aufgrund einer Bombendrohung im Gebäude der Zentralen Wahlkommission zehn Kandidaten nicht rechtzeitig registriert werden.

26.06.2015	Nachdem die Kommission zur Ausarbeitung einer Verfassungsreform ihren Vorschlag zur Dezentralisierung beim Präsidenten Petro Poroschenko eingereicht hat, erklärt Poroschenko, dass er den Vorschlag in der kommenden Woche ans Parlament weiterreichen werde. Poroschenko betont, dass dieser Vorschlag in Zusammenarbeit mit Vertretern des Donbass erarbeitet worden sei. Eine Föderalisierung der Ukraine werde in dem Dokument ausgeschlossen.
26.06.2015	Das Gesundheitsministerium erklärt, dass Demonstranten, die während der Massenproteste zwischen dem 21. November 2013 und dem 30. April 2014 verletzt worden seien, Anspruch auf den Status von Kriegsinvaliden haben und die damit verbundenen Vergünstigungen in Anspruch nehmen können.
26.06.2015	Der Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom, Aleksej Miller, teilt mit Verweis auf eine entsprechende Anweisung des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit, dass mit der Ukraine Verhandlungen über den Gastransit über das Jahr 2019 hinaus geführt werden sollen. Bisher wollte Gazprom den im Jahr 2019 auslaufenden Vertrag nicht verlängern.
26.06.2015	Innenminister Arsen Awakow erklärt, dass die ukrainischen Behörden bereits 86 Objekte der Firma Ostchem des ukrainischen Unternehmers Dmytro Firtasch beschlagnahmt hätten. Bereits im März 2015 hatten die Behörden 500 Millionen Kubikmeter Gas aus Firtaschs Beständen konfisziert. Firtasch ist im Zuge der Kampagne gegen die ukrainischen Oligarchen unter politischen Druck geraten.
27.06.2015	Der Inlandsgeheimdienst SBU verhaftet in Kiew einen seiner eigenen hohen Beamten. Ihm wird Zusammenarbeit mit russischen Geheimdiensten vorgeworfen.
27.06.2015	Die OSZE-Beobachtermission gibt bekannt, dass die Anzahl der Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen in den Gebieten Donezk und Luhansk leicht zurückgegangen sei. Die Situation bleibe weiterhin angespannt. Die Mission beklagt außerdem, dass auf beiden Seiten schwere Waffen in einer Zone bewegt würden, aus der sie hätten abgezogen werden müssen.
27.06.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass die Ukraine innerhalb von zehn Jahren vollständig unabhängig von Gasimporten werden solle.
27.06.2015	Finanzministerin Natalja Jaresko spezifiziert ihre Aussagen vom 23. Juni 2015 zum möglichen Zahlungsausfall der Ukraine im Juli. Dieser entspreche zwar technisch einem Staatsbankrott, würde sich aber nicht auf das Banksystem und damit die Konten der Anleger auswirken, da die Banken nicht die Auslandsschulden trügen.
29.06.2015	Die Pressesprecherin des ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma, der die Ukraine in der trilateralen Kontaktgruppe vertritt, kündigt an, dass am 7. Juli 2015 ein Dokument zum Abzug schwerer Waffen mit einem Kaliber von höchstens 100 Millimetern unterzeichnet werde. Diese Waffen sind von den Minsker Vereinbarungen bisher ausgenommen.
29.06.2015	Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew beziffert den voraussichtlichen Lieferpreis für russisches Gas an die Ukraine im dritten Quartal 2015 auf 247 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter. Dieser beinhalte bereits einen Preisnachlass. Die Details sollen laut dem russischen Energieminister Aleksandr Nowak bei Verhandlungen zwischen Russland, der Ukraine und der EU am 30. Juni besprochen werden.
29.06.2015	Der Vorsitzende der Venedig-Kommission des Europarates, Gianni Buquicchio, fordert die Ukraine in einem Brief dazu auf, die Verfassungsreform unverzüglich umzusetzen. Die darin enthaltene Dezentralisierung sei unabdingbar für die demokratische Entwicklung des Landes und zudem Bestandteil der Minsker Vereinbarungen.
30.06.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von erhöhter Aktivität und Bewegung von Kriegsgerät der separatistischen Truppen um den Flughafen von Donezk.
30.06.2015	Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen gibt bekannt, dass im Konflikt in der Ostukraine bereits 6.500 Menschen ums Leben gekommen und etwa 16.000 weitere verletzt worden seien. In der Region würden fünf Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen. Etwa eine halbe Million Menschen hätten keinen oder eingeschränkten Zugang zu sauberem Wasser.
30.06.2015	Das russische Nachrichtenportal RBK berichtet, dass die von Russland geplante Brücke vom russischen Festland auf die Krim vor 2018 fertiggestellt werden soll.
30.06.2015	Das Parlament erteilt den Sicherheitsbehörden die Erlaubnis, Anton Tschernuschenko, den vorsitzenden Richter des Kiewer Berufungsgerichts, festzunehmen. Ihm werden regelmäßige rechtswidrige Eingriffe in das gerichtliche interne automatische System der Dokumentenbearbeitung vorgeworfen. Bei einer diesbezüglichen Durchsuchung seines Büros am 19. Juni 2015 waren außerdem 6.500 US-Dollar und 30.000 Hrywnja (ca. 1.200 Euro) sowie Schlüssel von mehreren PKWs gefunden worden.

30.06.2015	Nach Informationen der Nachrichtenagentur Interfax-AGI gehen die trilateralen Gespräche zwischen der Ukraine, Russland und der EU über zukünftige Gaslieferungen Russlands in die Ukraine ergebnislos zu Ende. Wenig später gibt der ukrainische Konzern Naftohaz bekannt, den Einkauf russischen Gases unverzüglich einzustellen. Der Transit in andere europäische Länder werde fortgeführt. Man bemühe sich, eine Übergangsvereinbarung mit dem russischen Energiekonzern Gazprom zu erzielen, damit die Versorgung für den Winter gesichert werden könne.
01.07.2015	Der »stellvertretende Parlamentssprecher« der »Volksrepublik Donezk«, Denis Puschilin, erklärt, die Separatisten würden den Ort Schyrokyne östlich von Mariupol im Gebiet Donezk als entmilitarisierte Zone betrachten. Eine entsprechende Einigung war beim Außenminister-Treffen im »Normandie-Format« am 24.6. erzielt worden.
01.07.2015	Innenminister Arsen Awakow entlässt nach Korruptionsvorwürfen alle Mitarbeiter der Verkehrspolizei im Gebiet Mykolajiw und kündigt einen Auswahlprozess für neue Verkehrspolizisten für Ende Juli 2015 an.
01.07.2015	Das Parlament verfügt, dass Hochschuldozenten und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen vom Einsatz in der »Anti-Terror-Operation« ausgenommen werden.
02.07.2015	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, kündigt für den 18. Oktober 2015 Regionalwahlen auf dem Gebiet der gesamten »Volksrepublik« an. Diese sollten im Einklang mit der ukrainischen Gesetzgebung und unter Beobachtung der OSZE stattfinden. Details könnten in der trilateralen Kontaktgruppe zwischen der Ukraine, Russland und der OSZE geklärt werden.
02.07.2015	Das Parlament entlässt Umweltminister Ihor Schewtschenko. Er war in die Kritik geraten, weil er zwei nicht genehmigte Auslandsreisen unternommen hatte. Außerdem hatte der Abgeordnete Oleh Ljaschko ihm vorgeworfen, seine Nähe zu dem Abgeordneten und Energieunternehmer Oleksandr Onischtschenko für persönliche Vorteile genutzt zu haben.
02.07.2015	Das Parlament setzt den bisherigen ersten stellvertretenden Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Wasilij Hryzak, als neuen Chef des SBU ein. Am 18. Juni 2015 war Walentyn Nalywajtschenko vom Posten des SBU-Chefs suspendiert worden.
02.07.2015	Gesundheitsminister Aleksandr Kwitaschwili reicht ein Rücktrittsgesuch ein. Zuvor hatte der neue Gouverneur des Gebietes Odessa und ehemalige Ministerpräsident Georgiens, Michail Saakaschwili, ihm vorgeworfen, er behindere die Reformierung des Gesundheitswesens.
02.07.2015	Der Minister für Energie und Kohleindustrie, Wolodymyr Demtschyschyn, erklärt, das zum 1. Juli 2015 der Preis für Stromlieferungen vom ukrainischen Festland auf die von Russland annektierte Halbinsel Krim um 14 % angehoben worden sei.
02.07.2015	Als Teil der Reform der Sicherheitsbehörden verabschiedet das Parlament ein Gesetz zur Einrichtung einer »nationalen Polizei«. Diese ersetzt die bisherige Miliz und zeichnet sich durch einige Neuerungen aus. Dazu zählen die starke Anhebung des Durchschnittsgehalts von weniger als 4.000 auf 8.000 Hrywnja (etwa 340 Euro) im Monat, die Übernahme der Verkehrskontrollen bei gleichzeitiger Abschaffung der Verkehrspolizei und die neue schwarze Uniform. Außerdem soll die Polizei nur noch bei kleineren Delikten selbst ermitteln. Schwerere Verbrechen sollen von einem in den kommenden Monaten zu schaffenden Ermittlungsbüro verfolgt werden.
02.07.2015	Nachdem am Vortag die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« die Entmilitarisierung des Ortes Schyrokyne östlich von Mariupol angekündigt hatten, bestätigt der ukrainische Generalstab den Abzug der separatistischen Truppen aus dem Dorf.
03.07.2015	Finanzministerin Natalja Jaresko kritisiert ein am Vortag im Parlament beschlossenes Gesetz zur Restrukturierung privater Schulden in Fremdwährung. Das Gesetz sieht vor, dass diese Kredite zum Wechselkurs des Zeitpunkts ihrer Unterzeichnung zurückgezahlt werden müssen. Da die Hrywnja in den vergangenen Monaten stark an Wert verloren hat, bedeute dies laut Jaresko einen Verlust für die Banken in Höhe von bis zu 95 Milliarden Hrywnja (etwa vier Milliarden Euro), was die Stabilität des Bankensystems gefährde. Auch Präsident Petro Poroschenko kritisiert das Gesetz. Der Fraktionschef des Blocks Petro Poroschenko, Jurij Luzenko, legt aus Protest seinen Vorsitz nieder. Die Nationalbank erklärt, das Gesetz gefährde Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds.
03.07.2015	Das Kiewer Berufungsgericht wählt mit Jaroslaw Holowatschew einen neuen Vorsitzenden. Der bisherige oberste Richter, Anton Tschernuschenko, wird wegen Eingriffen in das automatische System zur Bearbeitung von Dokumenten polizeilich gesucht.

03.07.2015	Etwa 3000 Menschen nehmen an einer Demonstration von Freiwilligenverbänden und nationalistischen Organisationen im Zentrum von Kiew teil. Viele fordern die Freilassung zweier Aktivisten, die des Mordes an dem regierungskritischen und pro-russischen Journalisten Oles Busyn verdächtigt werden. Außerdem wird die Forderung nach einem entscheidenden Angriff auf die separatistischen Truppen im Donbass geäußert.
04.07.2015	Ihor Kononenko, Abgeordneter des Blocks Petro Poroschenko, kündigt an, dass in der kommenden Woche über das umstrittene Gesetz zur Restrukturierung von Schulden in Fremdwährung erneut abgestimmt werde. Kononenko betont, bei der Abstimmung habe es Verfahrensverstöße gegeben.
05.07.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von einer weiterhin instabilen Lage im Donbass. In der Gegend um den Donezker Flughafen zählt sie am 3. Juli 2015 insgesamt 152 Detonationen.
06.07.2015	Der russische stellvertretende Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Aleksej Lichatschew, gibt Pläne der Regierung bekannt, für bestimmte Gruppen von aus der Ukraine importierten Waren Quoten festzulegen. Würden diese überschritten, müssten für die importierten Waren Zölle gezahlt werden. Dies stehe im Zusammenhang mit der Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und der Ukraine. Die Maßnahmen würden nicht die Normen der WTO verletzen.
06.07.2015	Innenminister Arsen Awakow ordnet die Entlassung der kompletten Belegschaft der Verkehrspolizei im Gebiet Donezk an. Alle würden einer Überprüfung unterzogen. Bestünden sie diese, hätten sie die Chance, in einer neu zu bildenden Einheit eingestellt zu werden. Diese Maßnahme ist Teil einer umfassenden Polizeireform, die die Korruptionsbekämpfung zum Ziel hat.
06.07.2015	Der Journalist und Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko Mustafa Nayyem berichtet auf seiner Facebook-Seite, dass zwei hochrangige Beamte der Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Korruption in besonders schweren Fällen festgenommen worden seien. Beim stellvertretenden Vorsitzenden der Ermittlungsabteilung, Wolodymyr Schapakin, seien mehrere Hunderttausend US-Dollar gefunden worden. Bei einer Durchsichtung des Büros des stellvertretenden Vorsitzenden der Kiewer Staatsanwaltschaft habe der Inlandsgeheimdienst SBU Brillanten und Schmuck sichergestellt.
06.07.2015	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt in einem Interview, dass die Aufklärungsdienste mehrerer Staaten der Allianz kontinuierliche Unterstützung der Separatisten im Donbass durch Russland feststellen würden. Russland liefere weiterhin schwere Waffen inklusive Luftabwehrsystemen, sende russische Streitkräfte und bilde separatistische Kämpfer aus.
06.07.2015	Der ehemalige Verteidigungsminister Ewhenyj Martuschuk, der die Ukraine in der Arbeitsgruppe zu Sicherheitsfragen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen vertritt, erklärt, dass eine Demilitarisierung des Küstenortes Schyrokyne nur schrittweise erfolgen könne. Die Separatisten hätten die Vereinbarungen so häufig verletzt, dass ein vollständiger und sofortiger Rückzug der ukrainischen Streitkräfte gefährlich wäre. Vertreter der »Volksrepublik Donezk« hatten zuvor ihren Rückzug aus Schyrokyne angekündigt. Die OSZE hatte diesen am 02. Juli 2015 bestätigt.
07.07.2015	Die russische Strafverfolgungsbehörde ändert die Anklage im Fall der ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko. Bisher war ihr die Beihilfe zum Mord an zwei russischen Journalisten im Osten der Ukraine vorgeworfen worden. Die neue Fassung der Anklage bezichtigt sie unmittelbar des Mordes. Sawtschenko sitzt seit über einem Jahr in Russland in Untersuchungshaft.
07.07.2015	Der ehemalige Vorsitzende der staatlichen Flugaufsichtsbehörde, Denis Antonjuk, beschuldigt den Gouverneur des Gebietes Odessa und Vertrauten von Präsident Petro Poroschenko, Mikhail Saakashwili, der Korruption. Er habe auf einer Sitzung der Behörde die Interessen der türkischen Airline Atlasjet Ukraina vertreten, der er durch seine Zeit als Regierungschef in Georgien verbunden sei. Präsident Petro Poroschenko hatte Antonjuk entlassen, nachdem Saakashwili seine Arbeit scharf kritisiert und ihm vorgeworfen hatte, bei der Zuteilung von Liniensflügen an verschiedene Fluggesellschaften die Interessen des Oligarchen Ihor Kolomojskij bedient zu haben.
08.07.2015	Die EU-Kommission gibt bekannt, dass die Auszahlung einer ersten Kredittranche in Höhe von 600 Millionen Euro an die Ukraine vorbereitet werde. Insgesamt umfasst das auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Riga im Mai 2015 verabschiedete Programm Hilfskredite in Höhe von 1,8 Milliarden Euro.
08.07.2015	Nach Angaben des Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk hat die staatliche Oschadbank von Russland unter Bezugnahme auf ein bilaterales Schlichtungsverfahren Schadensersatzzahlungen in Höhe von 15 Milliarden Griwna (ca. 614 Millionen Euro) im Zusammenhang mit Verlusten durch die russische Annexion der Krim gefordert. Die Privatbank des ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomojskij erklärt, Russland vor dem internationalen Schiedsgericht in Den Haag auf Schadensersatz für den Verlust der eigenen Filialen auf der Krim verklagen zu wollen. Jazenjuk ruft weitere ukrainische Unternehmen, die Verluste zu verzeichnen hatten, dazu auf, diesem Beispiel zu folgen und Russland vor russischen sowie internationalen Gerichten zu verklagen.

09.07.2015	In einer Abschlussdeklaration ihrer Konferenz in Helsinki verurteilt die parlamentarische Versammlung der OSZE die russische Intervention in der Ukraine und ruft Russland dazu auf, Nadeschda Sawtschenko, Oleh Senzow und andere rechtswidrig inhaftierte ukrainische Staatsbürger unverzüglich freizulassen. Russland hatte bereits zu Beginn der Konferenz angekündigt, die Ergebnisse nicht anzuerkennen.
09.07.2015	Der ehemalige Leiter der Präsidentialadministration unter Präsident Wiktor Janukowytsch Andryj Portnow erklärt, er bereite eine Klage bei einem österreichischen Gericht gegen Präsident Petro Poroschenko und den Bürgermeister von Kiew, Witalij Klitschko, vor. Er beschuldigt die beiden, bei einem Treffen im Frühjahr 2014 in Wien mit dem Oligarchen Dmytro Firtasch die zukünftige Machtverteilung in der Ukraine ausgehandelt zu haben.
10.07.2015	Ein Gericht im russischen Rostow verlängert die Untersuchungshaft des dort inhaftierten ukrainischen Regisseurs Oleh Senzow um ein halbes Jahr bis Januar 2016. Senzow wird vorgeworfen, im Jahr 2014 auf der Krim eine terroristische Vereinigung gegründet zu haben. Auch für einen Mitangeklagten, Oleksandr Kolchenko, wird die Untersuchungshaft verlängert. Beide weisen die Vorwürfe zurück. Zwei weitere Mitangeklagte, Hennadyj Afanasjew und Aleksej Tschirnyj, verbüßen bereits siebenjährige Haftstrafen.
10.07.2015	Im Gebiet Luhansk findet ein Gefangenenaustausch statt. Zehn gefangene ukrainische Soldaten und zehn Separatisten kommen frei.
11.07.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von erneuten Kämpfen um den Flughafen Donezk. Sie zählt für den 09. Juli 2015 etwa 300 Detonationen in der Region.
11.07.2015	In Mukatschewe im Gebiet Transkarpatien attackiert eine Gruppe bewaffneter Unbekannter zwei Polizeiautos und blockiert eine Zufahrtsstraße in den Ort. Nach Angaben des Innenministeriums kommen drei Menschen ums Leben, darunter ein Zivilist. Präsident Petro Poroschenko verurteilt die Tat. Er befiehlt den Sicherheitskräften, die Gruppe zu entwaffnen. Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren wegen terroristischer Aktivitäten. Der Journalist und Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko, Mustafa Nayyem, erklärt am Folgetag, der Vorfall stehe im Zusammenhang mit dem lokalen Zigarettenmuggel. Die unbekanntes Bewaffneten gehörten dem rechtsradikalen Rechten Sektor an. Alle Seiten des Konflikts seien in den Schmuggel involviert, so Nayyem. Ein Sprecher des Rechten Sektors bestätigt später, dass es sich bei den Kämpfern um Angehörige der Gruppierung handele. Angehörige des Rechten Sektors werfen zudem dem Abgeordneten Michail Lanjo vor, in die Auseinandersetzung verwickelt zu sein. Der stellvertretende Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU und Leiter des Antiterror-Zentrums des Geheimdienstes, Witalij Malikow, ruft die Kämpfer des Rechten Sektors im Gebiet Transkarpatien auf, sich zu ergeben. Malikow erklärt, man werde Gewalt anwenden und die sich in den Wäldern bei Mukatschewe verschanzenden Angehörigen des Rechten Sektors verhaften, wenn diese nicht bald ihre Waffen niederlegten.
12.07.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« entgegen den Vereinbarungen von Minsk mehrere schwere Waffen um die Dörfer Komsomolskoe und Besymjannoe bewegen würden.
13.07.2015	Die staatliche Finanzbehörde entlässt die Führung der Zollbehörde des Gebietes Transkarpatien. Dies steht im Zusammenhang mit dem seit zwei Tagen andauernden bewaffneten Konflikt zwischen Angehörigen des Rechten Sektors und den örtlichen Behörden. Der Inlandsgeheimdienst SBU vermeldet die Verhaftung von zwei der Kämpfer des Rechten Sektors, die sich bei Mukatschewe im Gebiet Transkarpatien versteckt halten.
13.07.2015	Einem Bericht des Antimonopolkomitees zufolge werden in der Ukraine elf Prozent aller Märkte von faktischen Monopolen beherrscht. 42 % der Märkte wiesen Anzeichen von Monopolisierung oder Oligopolisierung auf. Der Anteil der Märkte, die von Konkurrenz bestimmt würden, sei in den vergangenen zehn Jahren um zwölf Prozentpunkte zurückgegangen.
14.07.2015	Die Pressestelle des neuen Gouverneurs des Gebietes Odessa, Michail Saakaschwili, erklärt, dass in Kürze etwa die Hälfte aller Beamten der Regionalverwaltung entlassen werde. Die Maßnahme stehe im Zusammenhang mit Saakaschwilis Programm zur Korruptionsbekämpfung.
14.07.2015	In Lwiw werden bei zwei Explosionen in der Nähe von Polizeiwachen zwei Polizisten verletzt. Das Innenministerium weist am Abend Gerüchte zurück, nach denen die Anschläge mit dem bewaffneten Konflikt zwischen dem örtlichen Rechten Sektor und lokalen Behörden in der Region Transkarpatien zusammenhängen.
14.07.2015	Das Parlament verabschiedet eine Neuregelung der Lokalwahlen. Es sieht keine Wahlen in den besetzten Gebieten des Donbass und auf der Krim vor.
14.07.2015	Nach Angaben der Luhansker Polizei kommen fünf ukrainische Soldaten durch eine Mine ums Leben.

15.07.2015	Präsident Petro Poroschenko ernennt Hennadyj Moskal zum neuen Gouverneur des Gebietes Transkarpatien, nach eigenen Angaben mit dem Ziel den »Brand zu löschen«. Damit ist der seit mehreren Tagen andauernde bewaffnete Konflikt zwischen dem örtlichen Rechten Sektor und Angehörigen verschiedener Behörden gemeint, in den auch die Parlamentsabgeordneten Michail Lanjo und Wiktor Baloga verwickelt sein sollen. Poroschenko ersetzt außerdem die Führung der regionalen Abteilungen des Inlandsgeheimdienstes und des Innenministeriums in Transkarpatien und kündigt weitere Maßnahmen an.
15.07.2015	Präsident Petro Poroschenko setzt Jurij Klimenko als neuen Gouverneur des Gebietes Luhansk ein. Er hatte zuvor als stellvertretender Gouverneur gearbeitet.
16.07.2015	Das Parlament wendet sich an die Vereinten Nationen mit der Bitte, ein internationales Tribunal zum Absturz der Passagiermaschine der Malaysia Airlines im Juli 2014 über dem Donbass einzurichten. Zuvor hatten bereits die Niederlande und Malaysia ein solches Tribunal gefordert. Russland lehnt dies bisher ab.
16.07.2015	Der Sonderstatus der besetzten Gebiete im Donbass soll durch ein neues Gesetzesprojekt in der Verfassung der Ukraine festgeschrieben werden. Das Parlament stimmt mehrheitlich dafür, ein entsprechendes Dokument dem Verfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen. Während der Abstimmung sind der Präsident und die Regierung sowie internationale Gäste anwesend. Innerhalb der Regierungskoalition stimmen die Fraktion Selbsthilfe und die Fraktion der Radikalen Partei geschlossen gegen das Gesetz. Die Beauftragte des US-Außenministeriums für Europa und Eurasien, Victoria Nuland, hatte zuvor für die Verfassungsänderung geworben. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier begrüßt den Parlamentsbeschluss als einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Vereinbarungen von Minsk. Denis Puschilin, ein hochrangiger Vertreter der »Volksrepublik Donezk«, ruft Präsident Petro Poroschenko auf, die geplanten Änderungen im Detail mit Vertretern der OSZE, Russlands und der Separatisten abzustimmen.
16.07.2015	Das Parlament verabschiedet alle vier Gesetzesprojekte, die für den IWF, die Weltbank und die Regierungen Deutschlands und Frankreichs als Voraussetzungen für Kredite in Höhe von insgesamt 3,2 Milliarden US-Dollar gelten. Die Gesetze betreffen 1) den Schutz von Spareinlagen bei Banken, 2) ein effizienteres Vorgehen gegen Unternehmen mit Schulden gegenüber staatlichen Energieversorgern, 3) eine Präzisierung der Aufgaben des Antikorruptionsbüros und 4) die Regulierung kommunaler Dienstleistungen.
17.07.2015	Der Stellvertretende Leiter der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug erklärt in einem Interview mit Radio Free Europe/Radio Liberty, eine Gruppe bewaffneter Uniformierter sei in einem Kleinbus am Grenzübergang Marinowka von Russland in die Ukraine eingereist.
18.07.2015	Außenminister Pawlo Klimkin kündigt an, die Kommunikation der ukrainischen Auslandsvertretungen mit Bürgern und Organisationen zu reformieren, nachdem Journalisten der Europejska Prawda einigen europäischen Botschaften der Ukraine Verzögerungen und Fehler bei der Bearbeitung von Anfragen nachgewiesen hatten.
18.07.2015	Lokale Medien berichten von einem Großeinsatz der Sicherheitsbehörden im Gebiet Transkarpatien. Dort sollen sich noch immer Kämpfer des Rechten Sektor befinden, die sich eine bewaffnete Auseinandersetzung mit örtlichen Behörden geliefert hatten. Dmitro Jarosch, Abgeordneter und Anführer des Rechten Sektors, hatte am Vortag erklärt, es befänden sich noch sechs Kämpfer in den Wäldern an der Grenze zu Ungarn und der Slowakei.
18.07.2015	Die Außenminister Russlands, Deutschlands und der USA, Sergej Lawrow, Frank-Walter Steinmeier und John Kerry besprechen die Entwicklungen im Donbass. Die gemeinsame Abschlusserklärung ruft die Ukraine und die »Volksrepubliken« zu einem direkten Dialog über die geplante Verfassungsänderung und Lokalwahlen auf.
18.07.2015	Die Anführer der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk erklären, dass sie schwere Waffen mit einem Kaliber von unter 100 Millimetern drei Kilometer von der Frontlinie abziehen werden.
19.07.2015	Eine Nachrichtenagentur der Separatisten meldet, dass infolge eines Angriffs der ukrainischen Streitkräfte auf die Stadt Donezk ein Zivilist ums Leben gekommen sei. Wenig später erklärt die ukrainische Seite, der Beschuss des Wohnviertels in Donezk sei von den Separatisten selbst gekommen.
19.07.2015	Präsident Petro Poroschenko kündigt für das Jahr 2016 eine weitere Aufstockung des Militärbudgets an.
19.07.2015	Beim Beschuss von mehreren Dörfern im Gebiet Donezk kommen nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums vier Zivilisten ums Leben. Die ukrainische Seite beschuldigt die Separatisten des Angriffs. Wenig später erklärt Andrij Taran, der ukrainische Delegationsführer im Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum, dass die ukrainische Armee gezwungen sein könnte, abgezogene schwere Waffen wieder an die Front zu bringen, um weitere Angriffe auf Zivilisten zu verhindern.

20.07.2015	Der Separatistenführer der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sakhartschenko, erklärt, dass er das gesamte Gebiet Donezk als Staatsgebiet der »Volksrepublik Donezk« betrachte. Das Minsker Abkommen könne zur Herstellung der Herrschaft der Separatisten über dieses Gebiet genutzt werden. Wenig später interpretiert der Chef des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtschinow, diese Äußerungen als Signal dafür, dass Russland vorhabe, die Minsker Vereinbarungen zu brechen, indem es die Separatisten das Minsker Abkommen diskreditieren lasse. Im Falle einer kriegerischen Aggression aus Russland sei man zu einem Gegenschlag bereit.
20.07.2015	Einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie zufolge sind 48 % der Befragten bereit, um des Friedens willen der russischen Sprache den Status einer zweiten Staatssprache einzuräumen. Dagegen sprechen sich 38 % aus. 41 % erklären, für die Herstellung des Friedens von einem Beitritt zur NATO absehen zu können – 34 % von einem Beitritt zur EU.
20.07.2015	Präsident Petro Poroschenko ruft die Separatisten der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk dazu auf, ihre Ankündigungen, am 18. Oktober sowie am 1. November 2015 Wahlen abzuhalten, zurückzunehmen. Die Wahlen am 2. November 2014 hätten die Realisierung des ersten Minsker Abkommens erheblich behindert. Poroschenko legt den ukrainischen Teilnehmern der Verhandlungsgruppe über politische Fragen nahe, den Dialog mit der anderen Seite erst wieder aufzunehmen, wenn die Wahlen abgesagt worden seien.
21.07.2015	Auf dem Maidan in Kiew versammeln sich mehrere Tausend Menschen zu einer Kundgebung des Rechten Sektors. Der Parteichef Dmytro Jarosch fordert ein Referendum, in dem der Regierung das Misstrauen ausgesprochen werden soll. Außerdem fordert die rechtsradikale Gruppierung, die Minsker Vereinbarungen zu sabotieren, die besetzten Gebiete im Donbass vollkommen zu blockieren und den Kriegszustand auszurufen. Jarosch erklärt jedoch, keine Waffen gegen die Regierung einsetzen zu wollen. Dies würde dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in die Hände spielen.
21.07.2015	Die Pressestelle des Präsidenten Petro Poroschenko lässt verlauten, dass es in Minsk zu einer Einigung auf den Abzug schwerer Waffen von Kalibern unter 100 Millimetern gekommen sei. Am 18. Juli 2015 hatten die Separatisten bereits einen einseitigen Abzug solcher Waffen abgekündigt. Der tatsächliche Abzug war von der OSZE bisher nicht bestätigt worden.
22.07.2015	Die Ukraine unterschreibt ein Memorandum über weitere finanzielle Hilfen des Internationalen Währungsfonds in Höhe von 1,7 Milliarden US-Dollar.
22.07.2015	Der Vorsitzende der zivilen und militärischen Verwaltung des Gebietes Donezk, Pawlo Schebriwskyj, kündigt die Einrichtung zweier logistischer Zentren auf der Frontlinie zur Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten an.
22.07.2015	Die EU überweist der Ukraine neue Finanzhilfen in Höhe von 600 Millionen Euro. Dies ist die erste Tranche eines neuen Hilfspaketes mit einem Umfang von insgesamt 1,8 Milliarden Euro.
22.07.2015	Präsident Petro Poroschenko ernennt Georgyj Tuka zum Gouverneur des Gebietes Luhansk. Tuka war zuvor durch die Gründung eines Freiwilligenkommandos in Erscheinung getreten, das mehrere Einheiten der Armee mit Material und Nahrungsmitteln versorgt hatte. Er entwickelte außerdem die Internetseite »Mirotworets«, auf der persönliche Daten von Personen veröffentlicht werden, die von den Autoren der Seite als »Separatisten« und »Agenten des Kreml« identifiziert werden. Auch die Daten des ermordeten ehemaligen Abgeordneten der Partei der Regionen Oleh Kalaschnikow und des ermordeten pro-russischen Journalisten Oles Busyn waren auf der Seite zu sehen gewesen.
22.07.2015	Präsident Petro Poroschenko weist die ukrainischen Mitglieder der trilateralen Kontaktgruppe aus der Ukraine, Russland und der OSZE an, ein Dokument zur Demilitarisierung des Ortes Schyrokynia zu unterzeichnen. Es soll laut einem Beschluss von Minsk vom 21. Juli 2015 eine 30 Kilometer breite Pufferzone entlang der Frontlinie gebildet werden.
23.07.2015	Der Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko, Wiktor Baloga, räumt ein, während des Aufstandes auf dem Maidan im Jahr 2013/14 den Rechten Sektor in Kiew und im Gebiet Transkarpatien finanziert zu haben. In Transkarpatien war es am 11. Juli 2015 zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Angehörigen des lokalen Rechten Sektors und den Sicherheitskräften gekommen, bei denen mehrere Menschen ums Leben gekommen sind. Sechs flüchtige Kämpfer der rechtsradikalen Gruppierung verschanzen sich noch immer im Grenzgebiet zu Ungarn und der Slowakei.

24.07.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk fordert in einem Brief an die regionale Wahlkommission und die Gebietsverwaltung Tschernihiw, bei der Durchführung von Nachwahlen im Wahlkreis Nr. 205 die Standards der EU und der OSZE zu garantieren. Der Kandidat der Partei Ukrop, Hennadyj Korban, hatte massenweise Nahrungsmittel und ganze Mahlzeiten austeilen lassen. Ein Gericht in Tschernihiw hatte die Aktion nicht als Stimmenkauf gewertet. Korban gilt als Vertrauter des Oligarchen Ihor Kolomojskyj und war sein Stellvertreter als Gouverneur des Gebiets Dnipropetrowsk.
24.07.2015	Justizminister Pawlo Petrenko unterzeichnet Erlasse, die den drei kommunistischen Parteien der Ukraine den Status politischer Parteien entziehen. Es ist ihnen damit verboten an Wahlen teilzunehmen. Dies geschieht auf Basis des Gesetzes zur »Entkommunisierung«, das die Verbreitung von Ideologie und Symbolik kommunistischer und nationalsozialistischer Regime untersagt. Der Parteichef der Kommunistischen Partei der Ukraine, Petro Simonenko, erklärt, die Partei werde sich trotzdem zur Wahl stellen.
25.07.2015	Am Tag vor der Nachwahl im Wahlkreis Nr. 205 im Gebiet Tschernihiw halten Aktivisten einen Kleinbus an, in dem Duplikate der Stempel aller Wahllokale des Gebiets gefunden werden. Die Kandidaten der Partei Ukrop und des Block Petro Poroschenko werfen einander vor, mit den Duplikaten die Wahlergebnisse fälschen zu wollen.
26.07.2015	Ein Sprecher des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums erklärt, die Beobachtermission habe den Beschuss der Stadt Schtschastje, die von der ukrainischen Seite gehalten wird, durch Separatisten registriert. Die Gegenseite habe das Feuer erwidert.
26.07.2015	Bei den Nachwahlen im Wahlkreis Nr. 205 im Gebiet Tschernihiw zeigen Exit-Polls stark abweichende Ergebnisse. Eine Befragung sieht den Kandidaten der Partei Ukrop und Vertrauten des Oligarchen Ihor Kolomojsky, Hennadyj Korban, vorne. Eine andere bescheinigt dem Kandidaten des Blocks Petro Poroschenko, Serhij Beresenko, einen Vorsprung. Während das Innenministerium erklärt, die Wahl sei weitestgehend störungsfrei verlaufen, registriert die Wahlbeobachterorganisation OPORA 50 Verstöße gegen das Wahlgesetz. So seien die Wahlzettel in einigen Fällen fotografiert worden. Für solche Fotos seien zuvor per SMS Belohnungen versprochen worden.
27.07.2015	Russische Medien berichten, dass ukrainische Grenzschrützer das Feuer auf zwei Russen eröffnet hätten. Der ukrainische Grenzschutz dementiert die Berichte und erklärt, eine Untersuchung unter den betroffenen Beamten habe ergeben, dass sie ihre Waffen nicht eingesetzt hätten.
27.07.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt an, die gesamte Belegschaft der staatlichen Finanzbehörde auszutauschen.
27.07.2015	Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen beschuldigen die Regierung, die Reform zur Korruptionsbekämpfung zu blockieren und fordern den Präsidenten auf, sich der Situation anzunehmen. Die Organisationen werfen der Regierung unter anderem vor, die Kommission zur Auswahl eines Vorsitzenden der Nationalen Agentur zur Korruptionsbekämpfung mit Vertretern regierungstreuer Organisationen besetzt zu haben.
28.07.2015	Die Zentrale Wahlkommission gibt den Sieger der Nachwahl im Wahlkreis Nr. 205 in Tschernihiw bekannt. Der Kandidat des Blocks Petro Poroschenko, Serhij Beresenko erhält 36 % der Stimmen. Für Hennadyj Korban von der Partei Ukrop votierten 15 % der Wähler. Der »Selbstaufgestellte« Wolodymyr Sub und der Kandidat der Demokratischen Allianz, Ihor Andrijtschenko erhalten je 8 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 35 %.
28.07.2015	Das Verteidigungsministerium beziffert die Zahl der Todesopfer unter den Soldaten der ukrainischen Armee im Konflikt im Donbass auf 2.300.
28.07.2015	Die WTO erklärt den Importzoll, den die Ukraine seit Dezember 2014 auf einige Waren erhebt, für vereinbar mit ihren Regelungen. Der Zoll in Höhe von 5–10 % wird noch bis Ende des Jahres erhoben.
29.07.2015	Im Vorfeld der Lokalwahlen in Uschhorod beklagen Vertreter der Partei Demokratische Allianz, dass die lokalen Behörden die Mobilmachung zur Armee nutzen, um oppositionelle Aktivisten vorübergehend aus der Stadt zu entfernen. Der zuständige Beamte habe zur Mobilisierung eine Liste mit allen Mitgliedern des gesellschaftlichen Beirats des Stadtrates von Uschhorod angefordert. Auf der Liste stünden nur oppositionelle Mitglieder des Beirats sowie Aktivisten, die nicht dem Beirat angehören.
29.07.2015	Im UN-Sicherheitsrat scheidet eine Resolution, mit der ein Tribunal zur Aufklärung des Absturzes des Fluges MH-17 der Malaysia Airlines im Juli 2014 über dem Donbass eingerichtet werden sollte, am Veto Russlands. Elf Staaten stimmen für die Einrichtung, China, Angola und Venezuela enthalten sich.

30.07.2015	Nach Auskunft des Anwalts der in Russland inhaftierten ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko führt die Ukraine Verhandlungen mit Russland bezüglich eines Gefangenenaustauschs. Gegen Sawtschenko könnte die Ukraine die beiden inhaftierten ehemaligen Offiziere des russischen Geheimdienstes GRU nach Russland ausliefern. Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hatte die beiden im Mai 2015 in der Ukraine aufgegriffen. Sie hatten zugegeben, im russischen Auftrag die Kämpfe zu beobachten, hatten jedoch kein Mandat zum bewaffneten Eingriff.
30.07.2015	In Dserschinsk im Gebiet Donezk kommen bei Granatbeschuss zwei Zivilisten ums Leben. Nach Angaben der Polizei des Gebietes Donezk kam der Beschuss aus dem Gebiet, das sich unter Kontrolle der Separatisten befindet.
30.07.2015	Der Inlandsgeheimdienst SBU verbietet französischen Abgeordneten der Partei »Die Republikaner« die Einreise in die Ukraine. Die Abgeordneten hatte wenige Tage zuvor ohne Erlaubnis der ukrainischen Behörden die Krim besucht und dort für einen Abbau der Sanktionen gegen Russland geworben.
31.07.2015	Mehrere Medien berichten, dass die amerikanische Investmentgesellschaft Franklin Templeton bereit sei, fünf Prozent der ukrainischen Staatsschulden bei dem Fonds abzuschreiben. Ukrainische Vertreter verhandeln seit Wochen mit den privaten Gläubigern der Ukraine über eine Umstrukturierung der Verbindlichkeiten. Der ukrainische Staat schuldet privaten Gläubigern insgesamt etwa 8,9 Milliarden US-Dollar.
31.07.2015	Das Verfassungsgericht befindet den Gesetzentwurf zur Dezentralisierung der Ukraine für verfassungsgemäß.
31.07.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass ein Vertreter der »Volksrepublik Donezk« ein Patrouillenfahrzeug der OSZE angehalten und die Beobachter mit gezogener Waffe aufgefordert habe, umzukehren und den Ort Oktyabrsk zu verlassen.
01.08.2015	In Kremetschuk im Gebiet Poltawa stürmen etwa 20 junge Männer das Gelände einer Öl-Pumpstation des Konzerns Ukrtransnafta, einem Tochterunternehmen des staatlichen Energiekonzerns Naftohaz Ukrainy. Medien berichten, die Männer hätten zunächst die Station einnehmen wollen und demonstrierten nun auf dem Gelände für den ehemaligen Unternehmensleiter Oleksander Lasorko. Dieser war von der Regierung im März 2015 entlassen worden, um den Einfluss des ukrainischen Oligarchen und Minderheitsaktionär bei Naftohaz, Ihor Kolomojskyj, zurückzudrängen, dem vorgeworfen wird, den Staat bei der Unternehmensführung übervorteilt zu haben. Der Konflikt hatte im März 2015 auch zur Entlassung Kolomojskyjs als Gouverneur von Dnipropetrowsk geführt. Ein Berufungsgericht hatte am 23. Juli 2015 durch seine Entscheidung die Wiedereinsetzung Lasorkos ermöglicht. Die Zahl der Demonstranten auf dem Unternehmensgelände von Ukrtransnafta steigt am Folgetag auf einige Dutzend. Am 3.8. beschließt die Aktionärsversammlung, in der der Staat als Mehrheitseigentümer dominiert, den Vertrag Lasorkos nicht zu verlängern.
02.08.2015	Der Abgeordnete und ehemalige Vorsitzende des Medschlis der Krimtataren, Mustafa Dschemiljew, erklärt, aufgrund von Repressionen hätten seit der Annexion der Krim durch Russland etwa 10.000 Krimtataren die Krim verlassen.
02.08.2015	In Mariupol und Kiew demonstrieren mehrere Tausend Menschen gegen die Entmilitarisierung des Küstenortes Schyrokyne und die Einrichtung einer 30 Kilometer breiten Pufferzone, da sie befürchten, dies könne die Sicherheit Mariupols gefährden. Präsident Petro Poroschenko erklärt wenig später, dass die Armee nicht von den umliegenden Höhen abgezogen werde und eingriffsbereit bleibe.
03.08.2015	Die Zentrale Wahlkommission erklärt den Kandidaten des Blocks Petro Poroschenko, Serhij Beresenko, zum Sieger der Nachwahl im Wahlkreis Nr. 205.
03.08.2015	In einem Schacht im von Separatisten kontrollierten Donezk fordern Bergleute die Auszahlung ihres Gehalts und drohen mit Streik. Nach eigenen Angaben sei ihr Gehalt seit März nicht bezahlt worden.
03.08.2015	Die Regionale Justizbehörde in Charkiw lehnt die Registrierung einer regionalen Zweigstelle der Partei Oppositionsblock aus formalen Gründen ab, da zunächst ihre Vorgängerorganisation, die Partei Gesetz und Ordnung, abgewickelt werden müsse. Da dieser Vorgang oft länger als zwei Monate in Anspruch nehmen könnte, die Teilnahme der Partei an den im Oktober anstehenden Lokalwahlen gefährdet sein.
04.08.2015	Ein Vertreter der OSZE-Beobachtermission erklärt, die Arbeitsgruppe für Wirtschaftsfragen habe eine Einigung zur Reparatur zerstörter Wasserleitungen und Eisenbahngleise im Donbass erreicht. Separatistenführer Denis Puschilin erklärt außerdem, man habe Listen mit Gefangenen ausgetauscht.
04.08.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass in einem Unterbringungsort schwerer Waffen der Donezker Separatisten diese Waffen nicht mehr angetroffen worden seien. In drei weiteren Lagern sei alles den Vereinbarungen entsprechend vorgefunden worden. Ein bewaffneter Bewacher eines dieser Waffenlager stellt sich und die anderen Anwesenden gegenüber der OSZE als Angehörige der 16. Fliegerbrigade der russischen Luftwaffe aus Orenburg vor. Die Beobachtermission berichtet, die Männer hätten keine Insignien getragen.

04.08.2015	Der Internationale Währungsfonds prognostiziert den mittleren Wechselkurs der Hrywnja für die Jahre 2015 und 2016. Im Jahr 2015 werde er bei etwa 22 Hrywnja pro US-Dollar liegen, ein Jahr darauf bei 24,4 Hrywnja pro US-Dollar. Aktuell kostet ein Dollar etwa 21 Hrywnja.
04.08.2015	Der Vorsitzende der militärischen und zivilen Verwaltung des Gebietes Donezk, Pawlo Schebriwskij, fordert, die für Herbst 2015 geplanten Lokalwahlen im von der Ukraine kontrollierten Teil des Donbass auf 2017 zu verschieben. Zurzeit seien dort die Voraussetzungen für eine demokratische Wahl nicht gegeben. Es existierten so gut wie keine politischen Parteien.
04.08.2015	Der Fraktionsvorsitzende des Blocks Petro Poroschenko äußert gegenüber der Zeitung Ukrainska Prawda, dass die Partei gemeinsam mit der Partei Udar von Witalij Klitschko zu den im Herbst geplanten Lokalwahlen im Donbass antreten werde.
05.08.2015	Ein Kiewer Gericht konfisziert Öl aus den Beständen des Oligarchen Serhij Kurtuschenko, das in den Speichern des staatlichen Unternehmens Ukrtransnefteprodukt lagert. Die Maßnahme steht im Zusammenhang mit Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiter des Unternehmens wegen Amtsmissbrauchs in einem besonders schweren Fall. Diese sollen das Öl ohne rechtliche Grundlage zu erheblich niedrigeren Preisen an die Firma Ukroilprodukt verkauft und damit dem ukrainischen Staat einen Schaden in Höhe von 341 Millionen Hrywnja (etwa 14,5 Millionen Euro) zugefügt haben.
06.08.2015	Der neue Polizeichef der Region Odessa, Giorgij Lortkipanidse, erklärt, die gesamte Polizei und die Strafverfolgungsbehörden seien von Korruption durchdrungen. Viele Mitarbeiter der Polizei seien bereits entlassen worden, gegen einige werde ermittelt. Hinweise zu Korruptionsdelikten erhalte er jedoch ausschließlich aus der Bevölkerung, nicht aus der Behörde selbst. Lortkipanidse, der in Georgien das Amt des stellvertretenden Innenministers innehatte, war vom Gouverneur der Region Odessa, dem ehemaligen georgischen Ministerpräsidenten Michail Saakaschwili, in das Gebiet geholt worden, um bei der Bekämpfung der Korruption zu helfen.
07.08.2015	Michael Bociurkiw, ein Vertreter der OSZE-Beobachtermission im Donbass, erklärt, dass die Mission auf dem Gebiet der Ukraine seit Mai 2015 in vier Fällen mit Personen gesprochen habe, die sich selbst als Angehörige der russischen Armee ausgegeben hätten.
07.08.2015	Gegen den ehemaligen Umweltminister Ihor Schewtschenko wird nach Angaben des Abgeordneten Oleh Ljaschko ein Verfahren wegen Bereicherung im Amt eingeleitet. Oleh Ljaschko selbst sei als Zeuge geladen. Ljaschkos Vorwürfe, Schewtschenko habe das Privatflugzeug des Oligarchen Oleksandr Onischtschenko für eine Urlaubsreise nach Nizza genutzt, hatte einen Skandal ausgelöst, in dessen Folge Schewtschenko im Mai 2015 zurückgetreten war. Er selbst bestreitet die Vorwürfe.
08.08.2015	Das Kulturministerium veröffentlicht eine Liste mit russischen Staatsbürgern, die eine »Gefahr für die nationale Sicherheit« darstellen. Die Verbreitung und Vorführung von Kinofilmen, in denen eine der Personen auftritt, kann nach neuer Gesetzeslage untersagt werden. Unter anderem stehen der Sänger und Politiker der Partei Einiges Russland Josif Kobson, und der Schauspieler Gerard Depardieu auf der Liste.
08.08.2015	Die 216 Bergleute, die in drei Schächten in der Stadt Dserschinsk wegen eines Stromausfalles kurzzeitig festsaßen, werden befreit. Der Strom war infolge von Beschuss ausgefallen. Die ukrainische Seite macht die Separatisten dafür verantwortlich. Dserschinsk wird von ukrainischen Truppen kontrolliert.
09.08.2015	Im von den Separatisten kontrollierten Donezk werden in der Nacht vier Fahrzeuge der OSZE in Brand gesteckt. In einer Stellungnahme erklärt die Beobachtermission, die aktuellen Machthaber in der Stadt stünden in der Verantwortung, für die Sicherheit der Mission und ihrer Ausrüstung zu sorgen. Man wolle sich trotz des Vorfalls nicht aus der Stadt zurückziehen. Eine Nachrichtenagentur der »Volksrepublik Donezk« zitiert den »Parlamentssprecher« mit der Ankündigung, man werde sorgfältig nach den Tätern fahnden.
10.08.2015	Nach Angaben des ukrainischen Generalstabes und des Rechten Sektors kommt es an der Frontlinie bei Starohnatwka im Gebiet Donezk zu einem Gefecht, bei dem die Seiten teilweise weniger als einhundert Meter voneinander entfernt stehen. Das Freiwilligenbataillon des Rechten Sektors vermeldet vier getötete Kämpfer in seinen Reihen. Die OSZE-Beobachtermission bestätigt am Folgetag, dass ein Kampf stattgefunden habe.
10.08.2015	Die Regierung prognostiziert die volkswirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 2016 in zwei Szenarien. Das optimistische geht von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um zwei Prozent bei einer Inflationsrate von 12 % aus, das pessimistische Szenario prognostiziert einen Rückgang des BIP um 0,3 % bei einer Inflation von 14,7 %.
11.08.2015	Ein Sprecher des Generalstabes beschuldigt die separatistischen Kräfte, bei Starohnatwka schwere Waffen eines Kalibers von 152 Millimetern einzusetzen. Die Ukraine habe die OSZE-Beobachtermission informiert, dass sie die Artillerie einsetzen werde, falls die Separatisten weiterhin angreifen würden. Die schweren Waffen hätten nach den Minsker Vereinbarungen von der Frontlinie abgezogen werden müssen.

11.08.2015	Laut einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums und der Stiftung »Demokratische Initiative« sprechen sich 82 % der Befragten gegen den freien Verkauf von Handfeuerwaffen aus – 12 % sind dafür. Der Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin war im Mai 2015 mit der Forderung an die Öffentlichkeit getreten, den Verkauf und Besitz von Schusswaffen zu legalisieren.
11.08.2015	Nach Informationen der Internetzeitung »Ukrainski Nowyny« hat die zuständige Behörde seit August 2014 die Vorführung von 376 russischen Filmen und Serien in der Ukraine verboten.
12.08.2015	Die stellvertretende Justizministerin Natalja Sewostjanowa erklärt, die Kommunistische Partei der Ukraine könne an den Lokalwahlen am 25. Oktober 2015 teilnehmen, wenn sie ihren Namen ändere, die kommunistische Symbolik aus ihren Materialien entferne und kommunistische »Propaganda« aus ihrem Programm nehme. Ein umstrittenes Gesetz vom April 2015 verbietet die »Propaganda« kommunistischer und nationalsozialistischer Ideologien.
12.08.2015	In einer Pressemitteilung lässt der russische Präsident Wladimir Putin erklären, dass der Nationale Sicherheitsrat Russlands die Situation im Donbass besprochen habe. In der Mitteilung wird den ukrainischen Streitkräften vorgeworfen, Dörfer im von den Separatisten kontrollierten Teil des Donbass sowie Beobachter der OSZE beschossen zu haben. Details werden nicht genannt.
13.08.2015	Andryj Lysenko, der Sprecher der Präsidialadministration für Fragen der »Anti-Terror-Operation«, erklärt, dass die ukrainische Armee die schweren Waffen nicht von der Front abziehen werde, solange Angriffe von separatistischen Truppen drohen würden. Sollte die Situation sich stabilisieren, sei man bereit, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen und die Waffen abzugeben.
13.08.2015	Ein Gericht in Odessa verbietet die Durchführung des »Odessa-Pride 2015«, einer Parade von LGBT-Aktivistinnen. Der Stadtrat hatte das Gericht angerufen, mit der Begründung, dass es in der Stadtbevölkerung erhebliche Vorbehalte gegen die Veranstaltung gebe und die Sicherheit der Teilnehmer gefährdet sei. Die Organisatoren erklären, die Parade gleichwohl durchführen zu können. Sie seien mit radikalen Organisationen wie dem Rechten Sektor in Verhandlungen, um Angriffe auf die Demonstranten auszuschließen. Der lokale Anführer des Rechten Sektors erklärt, man werde keine Gewalt gegen die Teilnehmer der Parade anwenden, die Veranstaltung jedoch zu unterbinden wissen.
13.08.2015	Militärstaatsanwalt Anatolij Matjus berichtet, dass im Laufe des Konflikts in der Ostukraine etwa 5.000 Sicherheitskräfte und 3.000 Soldaten der ukrainischen Armee zu den Separatisten übergelaufen seien.
14.08.2015	Das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung veröffentlicht einen Zeitplan zur Umbenennung ukrainischer Ortschaften, deren Namen im Zusammenhang mit der Sowjetunion und der kommunistischen Ideologie stehen. Ein Gesetz vom April 2015 schreibt den Gemeinden vor, bis zum 21. November 2015 Vorschläge einzureichen, über die das Parlament innerhalb von drei Monaten abstimmen muss. Insgesamt 908 Ortschaften müssen ihre Namen ändern. Ausgenommen sind solche, die nach herausragenden ukrainischen Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur der Sowjetunion benannt sind, und solche, die mit der Bewegung gegen die nationalsozialistische Okkupation der Ukraine in Verbindung stehen.
14.08.2015	Laut einer Schätzung des Wirtschaftsministeriums liegt der Umfang der Schattenwirtschaft in der Ukraine etwa bei 47 % des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Wert um fünf Prozentpunkte gestiegen.
15.08.2015	Nach Informationen des Innenministeriums des Gebietes Donezk kommen in Dserschynsk zwei Zivilisten durch Beschuss ums Leben. Der Ort wird von der Ukraine kontrolliert. Die Sicherheitsbehörden werfen den Separatisten vor, für den Beschuss der Stadt verantwortlich zu sein.
16.08.2015	Die Gespräche über einen Gefangenenaustausch werden wegen Differenzen in den abschließenden Verhandlungen unterbrochen. Ein Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes SBU äußert die Hoffnung, dass die Gespräche am Folgetag wieder aufgenommen werden können.
17.08.2015	Bei einem öffentlichen Auftritt in Donezk erklärt der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk« die Vereinbarungen von Minsk für gescheitert. Man sehe sich 65.000 ukrainischen Soldaten gegenüber, die zum Angriff bereit seien. Eine friedliche Lösung des Konflikts sei angesichts dessen unwahrscheinlich.
17.08.2015	Der Nationale Sicherheitsrat schätzt die Zahl der an der russisch-ukrainischen Grenze stationierten russischen Soldaten auf etwa 50.000. Die Zahl sei in den vergangenen Tagen angestiegen. Im Inneren der Ukraine hielten sich etwa 9.000 Angehörige der russischen Streitkräfte auf.
17.08.2015	Im ukrainisch kontrollierten Krasnohoriwka westlich von Donezk kommt nach Abgaben der örtlichen Polizei ein Zivilist durch Granatenbeschuss ums Leben.

18.08.2015	Nach Informationen der Internetzeitung »Ukrainska Prawda« unterzeichnen der Kiewer Bürgermeister und Gründer der Partei UDAR, Witalij Klitschko, und Petro Poroschenko, Präsident und Parteichef des Blocks Petro Poroschenko, ein Memorandum zur Fusion der beiden Parteien. Ein gemeinsamer Parteitag zur offiziellen Zusammenführung solle am 27. August 2015 stattfinden.
18.08.2015	Ein Vertreter der »Volksrepublik Donezk« erklärt, dass die ukrainische Armee selbst für den Beschuss eines Dorfes bei Mariupol verantwortlich sei, bei dem am 16. August 2015 drei Zivilisten ums Leben gekommen waren. Die Ukraine und das US-Außenministerium hatten die Separatisten des Angriffs beschuldigt. Die OSZE-Beobachtermission berichtet einen Tag später, dass der Beschuss mehrheitlich aus dem Osten gekommen sei. In dieser Richtung liegt das von den Separatisten kontrollierte Territorium der »Volksrepublik Donezk«.
19.08.2015	Das Justizministerium, die Generalstaatsanwaltschaft und das nichtstaatliche Zentrum für Korruptionsbekämpfung stellen ein gemeinsames Gesetzesprojekt vor, mit dem eine Agentur zur Aufspürung von Schmiergeldzahlungen und ihrer Rückführung ins Staatsbudget eingerichtet werden soll. Die Agentur soll den Ermittlungsbehörden bei der Korruptionsbekämpfung beratend zur Seite stehen.
20.08.2015	Im Gebiet Luhansk wird ein Fahrzeug der ukrainischen Armee von einer explodierenden Mine zerstört. Zwei Soldaten kommen ums Leben.
20.08.2015	Das Ministerium für Regionale Entwicklung gibt bekannt, dass die Weltbank den Ausbau der Infrastruktur in der Ukraine mit einem Kredit in Höhe von 732 Millionen US-Dollar unterstütze. Schwerpunktmäßig solle das Geld in Projekte zur Verbesserung und Instandhaltung der Wasserversorgung fließen.
20.08.2015	Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman beruft eine außerordentliche Parlamentssitzung für den 31. August 2015 ein, auf der die Gesetzesänderungen zur Dezentralisierung diskutiert werden sollen. Die abschließende Abstimmung, bei der die Verfassungsänderung die Unterstützung von mindestens 300 Abgeordneten erhalten muss, solle bereits am 1. September stattfinden.
21.08.2015	Die Regierung unterbricht den Prozess der Privatisierung einiger Energieunternehmen. Der Einstiegspreis der Aktienpakete solle überprüft werden, heißt es in einer Pressemitteilung.
22.08.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt, dass in den Teilen des Donbass, die von der Ukraine kontrolliert werden, nur dann Wahlen stattfinden könnten, wenn die Minsker Vereinbarungen eingehalten würden und die Sicherheit der Menschen nicht mehr unmittelbar gefährdet sei. Für den 25. Oktober 2015 sind in der Ukraine Lokalwahlen angesetzt.
22.08.2015	Innenminister Arsen Awakow kündigt an, dass am 23. August 2015 die neugebildete Straßenpolizei in Lwiw ihre Arbeit aufnehmen solle. Zwei Tage später solle auch in Odessa die erste Einheit auf Streife gehen.
23.08.2015	Am heutigen Tag der Staatsflagge ruft Präsident Petro Poroschenko alle politischen Kräfte der Ukraine – und ausdrücklich die Mitglieder der Regierungskoalition – zur Einheit zum Wohle der Ukraine auf.
23.08.2015	Andryj Lysenko, der Sprecher der Präsidialadministration für Fragen der »Anti-Terror-Operation«, warnt vor »Provokationen« der Separatisten anlässlich des bevorstehenden Unabhängigkeitstages der Ukraine am 24. August. Lysenko erklärt, die Separatisten könnten in der Uniform der ukrainischen Streitkräfte Angriffe auf Wohngebiete ausführen, um die Armee zu diskreditieren.
24.08.2015	in Wolodarske nordwestlich von Mariupol kommt ein Kind bei der Explosion eines nicht identifizierten Gegenstandes ums Leben. Nach Angaben der regionalen Polizei hatte eine Gruppe von Kindern in einem Hof den Gegenstand – möglicherweise eine nicht gezündete Granate – entdeckt und damit gespielt.
25.08.2015	Ein Gericht im russischen Rostow-am-Don spricht die Angeklagten Oleh Senzow und Olexsandr Koltschenko schuldig. Sie waren der Gründung einer terroristischen Vereinigung und der Vorbereitung von Terroranschlägen auf der Krim angeklagt worden. Der Regisseur Senzow wird zu 20 Jahren Lagerhaft verurteilt, der linke Aktivist Koltschenko zu zehn Jahren. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert das Urteil und den gesamten Prozess als politisch motiviert und unfair. Während der Vernehmung der Angeklagten seien psychologischer Druck und Folter eingesetzt worden.
25.08.2015	Der Energiekonzern Ukrenergo gibt bekannt, dass ab dem heutigen Tag kein Strom aus Russland importiert werde. Zu weiteren Plänen macht der Konzern keine Angaben. Der Lieferpreis war zuvor um 6,5 % gestiegen.
25.08.2015	Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn kündigt an, dass die Ukraine ab Ende August Kohle aus Russland importieren werde.
25.08.2015	Die Anwältin der beiden im Juli 2015 im Donbass aufgegriffenen Angehörigen des russischen Militärgeheimdienstes GRU erklärt, die Angeklagten seien mit neuen Anschuldigungen konfrontiert worden. Die Anklage werfe ihnen nun unter anderem – zusätzlich zur Beteiligung an terroristischen Aktivitäten – illegale Einreise und illegale Verschiebung von Waffen vor.

26.08.2015	Die Gouverneure der von der Ukraine kontrollierten Gebiete von Donezk und Luhansk, Pawlo Schebrywskyj und Georgyj Tuka, bitten die Zentrale Wahlkommission, in 47 von insgesamt 127 Städten und Gemeinden am 25. Oktober 2015 aus Sicherheitsgründen keine Wahlen abzuhalten.
26.08.2015	Die Parteien Volksfront und Block Petro Poroschenko beschließen, bei den Lokalwahlen am 25. Oktober 2015 gemeinsam anzutreten.
26.08.2015	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, der Ukraine und der OSZE beschließt einen Waffenstillstand entlang der gesamten Frontlinie ab dem 1. September 2015, um die Sicherheit der Schulkinder zu gewährleisten. Am 1. September beginnt das neue Schuljahr.
27.08.2015	Zwischen der Ukraine und der »Volksrepublik Donezk« findet ein Gefangenenaustausch im Format 12 gegen 12 statt.
27.08.2015	Die Nationalbank senkt den Leitzins von 30 % auf 27 %.
28.08.2015	Finanzministerin Natalia Jaresko gibt bekannt, dass sich die Ukraine mit einer Gruppe privater Gläubiger auf einen Schuldenschnitt von 20 % der Verbindlichkeiten geeinigt habe. Dies entspricht etwa 3,8 Milliarden Euro. Die Rückzahlung der verbleibenden Schulden werde um vier Jahre verschoben. Laut Jaresko ist dies im Einklang mit den Bedingungen des Internationalen Währungsfonds für ein weiteres Kreditprogramm. Der russische Finanzminister Anton Siluanow erklärt, Russland bestehe auf der Rückzahlung der vollen Kreditsumme in Höhe von drei Milliarden US-Dollar, die es der Ukraine im Jahr 2013 gewährt hatte. Die Zahlungsfrist endet im Dezember 2015.
28.08.2015	Der des Betrugs angeklagte vorsitzende Richter des Kiewer Berufungsgerichts, Anton Tschernuschenko, erklärt in einer Videoansprache, dass Präsident Petro Poroschenko und der stellvertretende Vorsitzende der Präsidialadministration, Oleksej Filatow, mehrfach Druck auf ihn ausgeübt hätten, um bestimmte Urteile zu erzwingen. Die Durchsuchung seines Büros, infolge derer er angeklagt wurde, sei erfolgt, weil er sich geweigert habe, den Anforderungen zu entsprechen. Tschernuschenko wird polizeilich gesucht.
28.08.2015	Auf einem gemeinsamen Parteitag entscheiden die Mitglieder der Parteien Block Petro Poroschenko und UDAR, beide Parteien zusammenzuführen. Witalij Klitschko wird zum Vorsitzenden der neuen Partei Block Petro Poroschenko – Solidarität gewählt.
28.08.2015	Der Ministerpräsident und Vorsitzende der Partei Volksfront, Arsenij Jazenjuk, erklärt, seine Partei werde zu den Lokalwahlen im Oktober 2015 nicht antreten. Einzelne Kandidaten würden gemeinsam mit dem Block Petro Poroschenko antreten, so wie es am 26. August 2015 vereinbart worden war.
29.08.2015	Die Ratingagentur Standard and Poor's prognostiziert für das laufende Jahr 2015 einen Rückgang des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts um 15 %.
29.08.2015	Die Bundesregierung berichtet von einem Telefongespräch zwischen dem französischen Präsidenten Francois Holland, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Man sei sich einig darin, dass die OSZE und die Vereinbarungen von Minsk im Friedensprozess eine Schlüsselrolle spielen. Der in Minsk für den 1. September beschlossene Waffenstillstand müsse begleitet werden von einem Abzug der schweren Waffen – auch solcher mit einem Kaliber von unter 100 Millimetern.
29.08.2015	Die Staatsanwaltschaft lädt den Abgeordneten der Partei Selbsthilfe und Bürgermeister Lwiws, Andryj Sadowyj, als Zeugen vor. Er hatte behauptet, dass Mitglieder seiner Fraktion von anderen Abgeordneten Bestechungszahlungen angeboten worden wären, damit sie für das geplante Gesetz zur Dezentralisierung stimmen. Für die Verfassungsänderung wird die Zustimmung von 300 Abgeordneten benötigt.
30.08.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt eine Anhebung von Stipendien, Sozialleistungen und Renten sowie des Mindestlohns zum 1. September 2015 an.
31.08.2015	Das Parlament verabschiedet mit 265 Ja-Stimmen in erster Lesung die umstrittene Verfassungsreform zur Dezentralisierung. Vor dem Parlamentsgebäude kommt es zu heftigen Ausschreitungen zwischen Demonstranten und der Polizei, wobei eine Handgranate auf die Sicherheitskräfte geworfen wird. Insgesamt werden etwa 130 Menschen verletzt, ein Polizist kommt ums Leben, zwei weitere erliegen später ihren Verletzungen. Eine ausführliche Diskussion der Dezentralisierungsdebatte und der Ausschreitungen findet sich in den Ukraine-Analysen Nr. 155 < http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen155.pdf >.
01.09.2015	Die Pressestelle des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma, der die Ukraine in der trilateralen Kontaktgruppe vertritt, erklärt, der vereinbarte Waffenstillstand werde bisher von beiden Seiten eingehalten.

01.09.2015	Der Abgeordnete und Anführer der Radikalen Partei, Oleh Ljaschko, gibt den Austritt seiner Fraktion aus der Regierungskoalition bekannt. Bei der Abstimmung über das Gesetz zur Dezentralisierung am 31. August 2015 hätte die Koalition mit dem Oppositionsblock und mit »Vertretern oligarchischer Gruppen« kooperiert. Auch der stellvertretende Ministerpräsident der Radikalen Partei, Walerij Woschtschewskyj, legt sein Amt nieder.
02.09.2015	Der 21-jährige Ihor Humenjuk wird für zwei Monate in Untersuchungshaft genommen. Er wird beschuldigt, bei den Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten am 31. August 2015 vor dem Parlament eine Granate in Richtung der Polizei geworfen zu haben. An den Folgen der Explosion starben drei Polizisten, ein weiterer erlitt schwere Verletzungen. Humenjuk war Mitglied des Freiwilligenbataillons »Sitsch«, das aus Mitgliedern der nationalistischen Partei Freiheit besteht.
02.09.2015	Der Nationale Sicherheitsrat verabschiedet eine neue Militärdoktrin. Sie erklärt Russland zum militärischen Gegner und betont die Abkehr vom blockfreien Status der Ukraine. Das Land strebe die euroatlantische Integration an.
03.09.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das Medien zur öffentlichen Angabe ihrer Eigentümer verpflichtet. Außerdem verbietet das Gesetz juristischen und natürlichen Personen aus Russland, sich an der Gründung von Medien zu beteiligen.
03.09.2015	Ein Kiewer Gericht verhängt Untersuchungshaft von zunächst 60 Tagen über sechzehn Personen, die am 31. August 2015 bei Ausschreitungen vor dem Parlamentsgebäude festgenommen worden waren. Zwei weitere Verdächtige werden unter Hausarrest gestellt. Die Proteste richteten sich gegen die Verfassungsänderung zur Dezentralisierung, die am selben Tag in erster Lesung verabschiedet wurde.
04.09.2015	Der »Ministerpräsident« der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, erklärt, dass die Separatisten die Minsker Vereinbarungen vollständig einhielten und sich bis zum Jahresende an sie gebunden fühlten.
05.09.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt, die laufende Woche sei die erste, in der an der Front nicht geschossen werde.
06.09.2015	Die Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, lobt die Ukraine für die bisher durchgeführten Reformen. Unter schwierigen Bedingungen sei eine makroökonomische Stabilisierung gelungen. Auch die Wirtschaft zeige erste Anzeichen der Erholung.
06.09.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt, dass die zweite Lesung des Gesetzes zur Dezentralisierung erst nach den Lokalwahlen am 25. Oktober 2015 stattfinden werde. Bis dahin werde eine Informationskampagne durchgeführt, um der Bevölkerung den Inhalt der Verfassungsänderung, die Teil der Minsker Vereinbarungen ist, näherzubringen. Am 31. August hatten in erster Lesung 265 Abgeordnete dafür gestimmt. Um Verfassungsrang zu erlangen, werden 300 Ja-Stimmen benötigt. Einige Parteien und politische Gruppierungen, insbesondere nationalistische, stellen sich gegen das Gesetz.
07.09.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk schlägt einen einheitlichen Steuersatz von 20 % für die Mehrwertsteuer, eine basale Sozialabgabe, die Einkommens- und die Gewinnsteuer vor. Zurzeit existieren laut Jazenjuk über 90 verschiedene Tarife. Diese Komplexität erleichtere einerseits Steuerbetrug und biete andererseits den Steuerbeamten eine Möglichkeit zur Korruption.
07.09.2015	Die Regierung legt dem Parlament einen Gesetzesentwurf vor, der die Privatisierung von dreizehn Handelshäfen ermöglicht.
07.09.2015	Bereits wenige Tage nach dem Start einer Petitionsfunktion auf der Website des Präsidenten Petro Poroschenko erreicht die zweite Petition die erforderlichen 25.000 Unterschriften. Petitionen mit dieser Anzahl von Unterzeichnern müssen dem Präsidenten vorgelegt werden. Die erste Petition fordert die Legalisierung des Besitzes von Handfeuerwaffen, die zweite zielt auf die Aufhebung von Importzöllen bei der Einfuhr von Automobilen ab.
07.09.2015	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB erklärt, dass er auf der Krim drei ukrainische Soldaten festgenommen habe. Sie werden beschuldigt, illegal die Grenze überquert zu haben.
08.09.2015	Verteidigungsminister Stepan Poltorak erklärt, die Lage im Gebiet der so genannten »Anti-Terror-Operation« im Donbass sei so ruhig wie seit anderthalb Jahren nicht mehr.
08.09.2015	Der Hohe Kommissar der UN für Menschenrechte, Seid al-Hussein, erklärt, der Krieg im Osten der Ukraine habe bisher knapp 8.000 Todesopfer gefordert. Etwa 18.000 weitere Menschen seien verletzt worden.
09.09.2015	Vertreter der OSZE erklären, dass die Organisation keine Wahlbeobachter zu den von den »Volkrepubliken« von Donezk und Luhansk angekündigten Wahlen entsenden werde.
09.09.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von einem Kleinbus mit der Aufschrift »Grus 200«, der die ukrainisch-russische Grenze in Richtung Russland passiert. Diese Bezeichnung wird in Russland für den Heimtransport der sterblichen Überreste gefallener Soldaten verwendet.

09.09.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt, dass die Verfassungsänderungen zur Dezentralisierung noch einmal überarbeitet würden, wenn die Separatisten die Minsker Vereinbarungen nicht respektierten. Sollte infolge einer russischen Invasion der Kriegszustand ausgerufen werden, würden die Änderungen nicht verabschiedet.
09.09.2015	Die Pressestelle des Präsidenten Petro Poroschenko gibt bekannt, dass sich die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine auf ein Treffen in Paris am 12. September 2015 verständigt hätten.
10.09.2015	Die Internetzeitung »Ukrainska Prawda« weist auf einen erklärenden Anhang eines Gesetzesprojektes hin, in dem die Staatsschuldenquote für Ende des Jahres 2015 auf 91 % des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert wird.
10.09.2015	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Separatisten der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk seien bereit, die für Oktober angesetzten Wahlen nach geltenden ukrainischen Gesetzen abzuhalten. So könnten auch Vertreter der OSZE als Wahlbeobachter fungieren. Diese hatten es zuvor abgelehnt, die Wahlen zu beobachten.
11.09.2015	Der stellvertretende NATO-Generalsekretär James Appathurai erklärt, dass die NATO keine Truppen in die Ukraine entsenden werde.
11.09.2015	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak gibt bekannt, dass Russland und die EU eine Einigung für ein »Winterpaket« zur Gaslieferung an die Ukraine erzielt hätten. Russland sei bereit, der Ukraine einen Preisnachlass zu gewähren.
12.09.2015	Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, es gebe keine Alternative zu den Minsker Vereinbarungen bei der Lösung des Konflikts in der Ostukraine. Er betont, das Wichtigste zur Realisierung der Vereinbarungen sei ein direkter Kontakt zwischen der Kiewer Regierung und den Separatisten der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk.
13.09.2015	In einem gemeinsamen Statement erklären die Außenminister Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine, dass in wichtigen Fragen zu den Minsker Vereinbarungen Einigkeit bestehe. So sprechen sie sich für eine zügige Entscheidung zum Abzug schwerer Waffen von einem Kaliber von unter 100 Millimetern in der Arbeitsgruppe zu Sicherheitsfragen der trilateralen Kontaktgruppe aus. Sie garantieren außerdem, dass humanitäre Organisationen im bevorstehenden Winter uneingeschränkten Zugang zum Konfliktgebiet erhalten. Die verbleibende Zeit bis zum Wintereinbruch solle genutzt werden, um Projekte zum Wiederaufbau von Infrastruktur, insbesondere der Wasserversorgung, durchzuführen. Die Außenminister vereinbaren zudem ein Treffen der Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands im Oktober in Paris.
13.09.2015	Nach Angaben der Präsidialadministration wird der Waffenstillstand im Donbass weiterhin weitestgehend eingehalten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

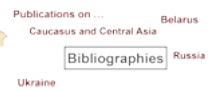
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php